



REGIONALES KONJUNKTURBAROMETER

Report 3/18

Ein Kooperationsprojekt von:

 Stadtparkasse
Wuppertal

 Stadt-Sparkasse
Solingen

 Stadtparkasse
Remscheid



 BERGISCHE
UNIVERSITÄT
WUPPERTAL



INHALT

VORWORT	3	BRANCHENREPORT BAUHAUPTGEWERBE	
GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG		Einleitung	18
Wirtschaftliche Lage und Erwartungen	4	Klassifikation	20
Arbeitsmarkt	6	Bedeutung und Historie	22
		Rechtliche Rahmenbedingungen	30
		Ökonomische Rahmenbedingungen	34
		Branchenstruktur	39
		Trends und Perspektiven	44
		Chancen und Risiken	47
BERGISCHES STÄDTEDECK		Interview mit Wolf-Dietrich Spelsberg	50
Das Regionale Konjunkturbarometer	8	August Dohrmann GmbH Bauunternehmung	
Wirtschaftliche Lage und Erwartungen	11		
Arbeitsmarkt	14		
		Impressum	55

Liebe Leserinnen und Leser,

im Vergleich zum Jahresanfang haben die außenwirtschaftlichen Risiken deutlich zugenommen. Eine weitere Verschärfung des Handelskriegs zwischen den USA und China, stockende Brexit-Verhandlungen, ein andauernder Konflikt zwischen der EU-Kommission und Rom über den italienischen Haushaltsentwurf und ein unsicherer Ausgang der Berliner Koalitionskrise sind Szenarien, die bei deutschen Unternehmern Ängste schüren und zu einer Eintrübung ihrer Stimmung geführt haben. Besonders exportorientierte Branchen fürchten die Folgen einer schwächelnden Weltwirtschaft. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben im Herbst durchweg ihre Prognosen für das Wirtschaftswachstum in 2018 gegenüber ihren Frühjahrsprognosen gesenkt. Auf der anderen Seite werden neue Rekordzahlen für den Arbeitsmarkt gemeldet. Die Arbeitslosenquote ist weiter gesunken. Rekordzahlen kommen auch von den Unternehmen des Bauhauptgewerbes. Viele Bauunternehmen können sich über eine hohe Auslastung und volle Auftragsbücher freuen.

Die aktuelle wirtschaftliche Lage deutscher Unternehmen ist immer noch sehr gut. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die deutsche Wirtschaft weniger stark als in 2017 wachsen wird. Erfahren Sie mehr im ersten Kapitel „gesamtwirtschaftliche Entwicklung“.

Die deutschlandweite Stimmungseintrübung wirkt sich auch auf die Bergische Wirtschaft aus. Lesen im zweiten Kapitel „Bergisches Städtedreieck“ wie es um die regionale Wirtschaft bestellt ist und welche Erwartungen die Bergischen Unternehmer an die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden sechs Monaten haben.

Neben den internationalen Risiken stellt der zunehmende Fachkräftemangel ein erhebliches Wachstumsrisiko dar. Mit zwei Zusatzfragen haben wir deshalb versucht, Fachkräftengpässe auf regionaler Ebene zu erfassen. Das Kapitel zum regionalen Arbeitsmarkt haben wir entsprechend um eine branchenweise Auswertung ergänzt.

Sowohl das ifo-Geschäftsklima Deutschland, als auch das Regionale Konjunkturbarometer weisen Rekordwerte für die wirtschaftliche Lage im Bauhauptgewerbe auf. Erfahren Sie im dritten Kapitel „Branchenreport Bauhauptgewerbe“ mehr über die Hintergründe des aktuellen Aufschwungs. Lesen Sie im Interview mit Wolf-Dietrich Spelsberg, Geschäftsführer des Remscheider Unternehmens August Dohrmann GmbH, wie die Unternehmen selbst ihre Lage beurteilen und welchen Herausforderungen sie gegenüberstehen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre und spannende Einblicke in die konjunkturelle Lage des Bergischen Städtedreiecks.

Prof. Dr. André Betzer und Jun.-Prof. Dr. Markus Doumet
(wissenschaftliche Leiter des Regionalen Konjunkturbarometers)

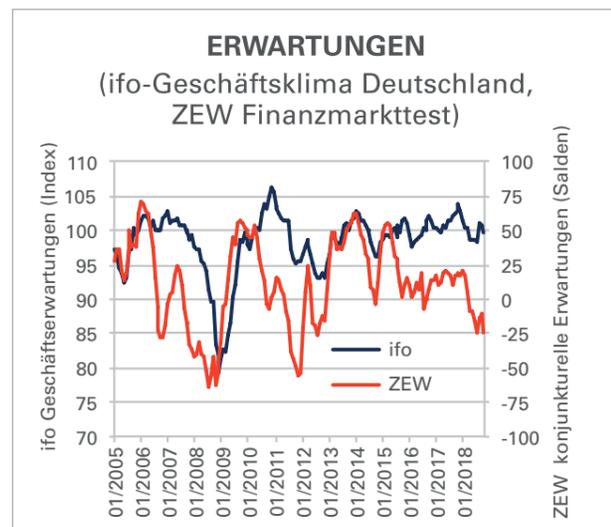
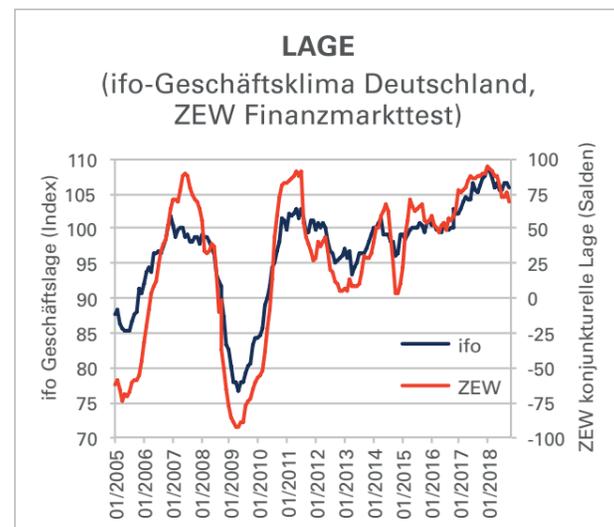
GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND ERWARTUNGEN

Die Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage hat sich auf nationaler Ebene weiter verschlechtert. Auch der Ausblick für die kommenden 6 Monate fällt deutlich pessimistischer aus als noch im 2. Quartal.

Der ifo-Lageindex ist im Oktober um 0,7 Punkte auf einen Indexstand von 105,9 Punkten gefallen. Abgesehen vom Bauhauptgewerbe, beurteilen alle Branchen ihre wirtschaftliche Lage deutlich schlechter als im 2. Quartal. Zu einer ähnlichen Beurteilung kommen die vom ZEW

der stagnierenden Brexit-Verhandlungen. Saison- und kalenderbereinigt sanken die deutschen Exporte im August um 0,2 % gegenüber dem Vormonat Juli. Von Juni auf Juli waren sie bereits um 0,9 % zurückgegangen. Auf Einzelstaatenebene ist ein besonders starker Rückgang der Exporte nach Großbritannien und in die Türkei zu beobachten. Durch den starken Verfall der Lira ist die Nachfrage türkischer Unternehmen nach deutschen Waren eingebrochen. Auch im Dienstleistungssektor und im Handel wird die aktuelle Wirtschaftslage



befragten Finanzexperten. Der Lage-saldo viel im Oktober auf einen Wert von minus 24,7 Punkten und liegt damit deutlich unter seinem langfristigen Durchschnittswert.

Durch seine starke Exportorientierung spürt vor allem das verarbeitende Gewerbe die ersten Folgen des internationalen Handelskonflikts und

deutlich schlechter als im Vormonat beurteilt. Im Bauhauptgewerbe weist der ifo-Geschäftslageindex dagegen einen neuen Höchststand auf. Die gute Lage am Arbeitsmarkt und die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen sowie gestiegene Infrastrukturinvestitionen stützen den Aufschwung der Bauwirtschaft. Eine detaillierte Analyse des Bauhauptge-

werbes auf nationaler und regionaler Ebene finden Sie im aktuellen Branchenreport (S. 18).

Neben der Geschäftslage fallen auch die Erwartungen an die Geschäftsentwicklung in den kommenden 6 Monaten schlechter als im 2. Quartal aus. Sowohl der ifo-Index für die Geschäftserwartungen (Rückgang um 1,1 Punkte), als auch der Saldo der ZEW Konjunkturerwartungen (Rückgang um 14,1 Prozentpunkte) gaben gegenüber dem Vormonat September deutlich nach.

Treibende Faktoren sind auch hier der Handelsstreit zwischen China und den USA sowie der aktuelle Stand der Brexit-Verhandlungen. Die Erwartungen für den Europäischen Binnenmarkt haben sich zudem verschlechtert, nachdem die italienische Regierung bei ihrer Haushaltsplanung auf Konfrontationskurs mit der EU-Kommission gegangen ist. Neben den handelspolitischen Unsicherheiten im Ausland haben sich auch die Erwartungen für den Binnenmarkt verschlechtert. Mit den großen Stimmrechtsverlusten der beiden Regierungsparteien CDU und SPD bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen, ist die Angst vor einem Koalitionsbruch und veränderten Mehrheitsverhältnissen durch Neuwahlen auf Bundesebene wieder gestiegen.

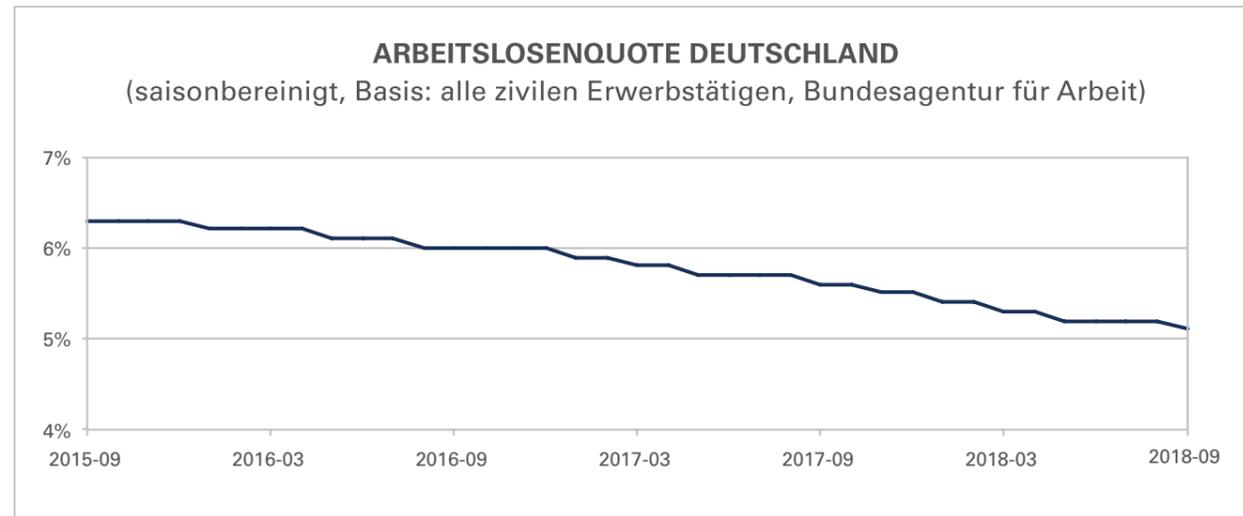
Die Eintrübung der konjunkturellen Lage wirkt sich auch auf die Stimmung der Verbraucher aus. Laut der GfK-Konsumklimastudie haben die Konjunkturerwartungen privater

Haushalte im Oktober, nach Anstiegen im August und September, wieder abgenommen (Rückgang um 8,1 Zähler auf 19,1 Punkte). Damit einhergehend haben sich auch die Einkommenserwartungen verschlechtert (Rückgang um 3,5 Zähler auf 54,4 Punkte). Die Anschaffungsneigung ist im Oktober hingegen unverändert hoch. Besonders das aktuell niedrige Zinsniveau und die gute Lage am Arbeitsmarkt erklären die hohe Konsumneigung der privaten Haushalte.

In Deutschland sind die Preise im 3. Quartal 2018 deutlich nach oben gegangen. Die Inflationsrate liegt aktuell bei 2,3 %. Wie schon im 2. Quartal haben insbesondere gestiegene Energie- (+6,9 %) und Nahrungsmittelpreise (+2,8 %) zu einem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus geführt. Bei einer differenzierten Betrachtung der Energieträger wird jedoch deutlich, dass vor allem Mineralölprodukte im Preis gestiegen sind (leichtes Heizöl +35,6 %, Kraftstoffe +13,0 %). Andere Energieträger sind hingegen nur moderat gestiegen oder wie Gas (-1,5 %) sogar leicht gesunken. Bei den Nahrungsmittelpreisen ist der größte Anstieg beim Gemüse (+12,3 %) zu beobachten. Dies ist vor allem auf die gestiegenen Produktionskosten (z.B. Bewässerung) und die Ernteauffälle durch die lange Trockenperiode in 2018 zurückzuführen.

Die Anzeichen eines konjunkturellen Wendepunktes haben sich gegenüber dem 2. Quartal somit weiter verstärkt.

ARBEITSMARKT



Der nationale Arbeitsmarkt verbleibt auch weiterhin im Aufwind. Nach der vorläufigen Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit waren im September 2.256.473 erwerbsfähige Personen ohne Arbeit. Dies entspricht einem Rückgang um 192.400 Personen gegenüber dem Vorjahresmonat. Saisonbereinigt sank die Arbeitslosenquote in diesem Quartal erneut und liegt aktuell bei 5,0 %.

Der Ländervergleich wird dabei unverändert von Bayern (2,8 %) und Baden-Württemberg (3,1 %) angeführt. Die höchsten Arbeitslosenquoten weisen Berlin (7,9 %) und Bremen (9,7 %) auf. Im Vergleich zum September 2017 sank die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen stärker als im bundesweiten Durchschnitt (-0,2 Prozentpunkte). Da sich die Lage am Arbeitsmarkt in allen Bundesländern verbessert hat, belegt Nordrhein-Westfalen jedoch weiterhin den zwölften Platz im bundesweiten Vergleich.

Die Bundesagentur für Arbeit verzeichnet im September 2018 einen Höchststand des bundesweiten Stellenbestandes. Insgesamt wurden der Agentur 833.835 freie Stellen gemeldet. Dabei stieg die durchschnittliche Vakanzzeit um 10 Tage, im Vergleich zum Vorjahr auf nun 108 Tage. Betrieben fällt es somit anhaltend schwerer, freie Stellen zu besetzen. Engpässe zeigen sich dabei besonders in Gesundheits- und Pflegeberufen, Berufen des Baugewerbes und einigen technischen Berufsfeldern, wie dem Maschinenbau und der Elektrotechnik.

Diese Entwicklung spiegelt sich in den verschiedenen Frühindikatoren des nationalen Arbeitsmarktes wider. Die Prognosen deuten darauf hin, dass die Beschäftigungsentwicklung zukünftig noch stärker vom Arbeitskräfteangebot abhängen wird.

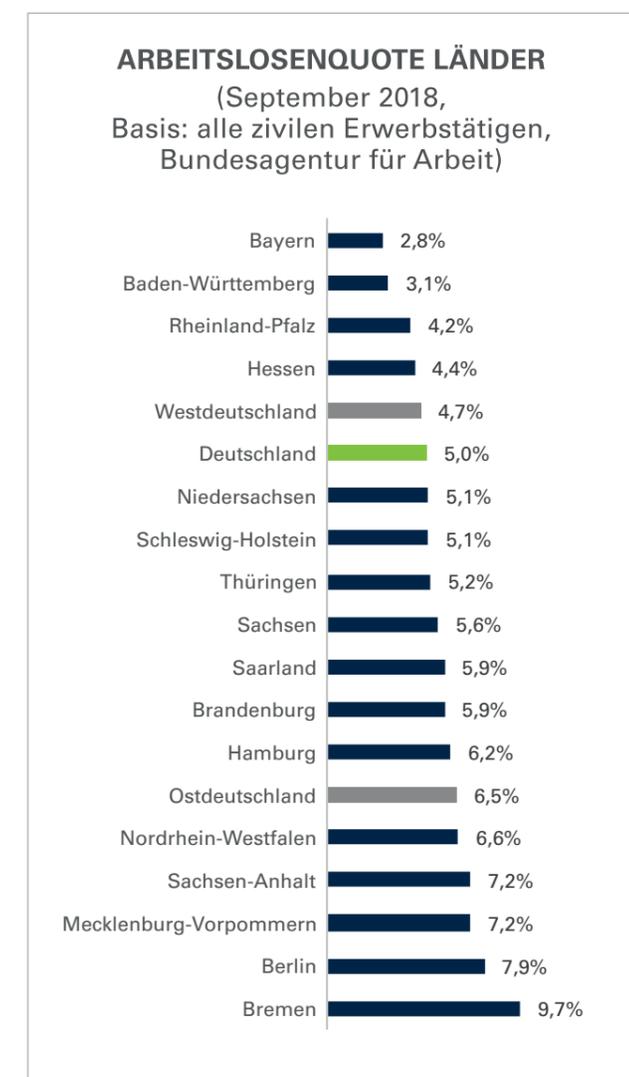
Das IAB-Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung weist im September

erstmals seit Ende des ersten Quartals 2018 einen leicht höheren Wert als in den Vormonaten auf. Durch den weiterhin hohen Arbeitskräftebedarf, bei gleichzeitig niedrigen Entlassungszahlen, fällt vor allem die Arbeitslosigkeitskomponente deutlich positiver als im Vormonat aus.

Die Beschäftigungskomponente, welche versucht die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen zu prognostizieren, deutet jedoch daraufhin, dass die Beschäftigungsentwicklung mittelfristig an Dynamik verliert. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes wird zukünftig somit immer stärker von der Ausschöpfung des vorhandenen Arbeitskräftepotentials bestimmt.¹

Passend dazu weist auch das ifo-Beschäftigungsbarometer im dritten Quartal durchweg höhere Salden als im Vorquartal auf. Der gleichbleibend hohe Wert des Barometers begründet sich vor allem durch die starke Arbeitskräftenachfrage in allen Wirtschaftsbereichen. Wie schon im 2. Quartal wird dieses Ergebnis – trotz eines leichten Rückgangs gegenüber dem Vormonat – durch die hohe Nachfrage des Dienstleistungssektors getrieben. In der Industrie und im Bauhauptgewerbe zog die Nachfrage nach Arbeitskräften gegenüber dem Vormonat noch weiter an.² Im Handel fiel die Nachfrage hingegen etwas geringer aus.

Am nationalen Arbeitsmarkt zeichnet sich der saisontypische Herbstausgang ab. Allerdings bleibt fraglich, ob das Arbeitskräfteangebot ausreichen wird, um auch langfristig Beschäftigungszuwächse zu ermöglichen.



¹ <https://www.iab.de/2629/section.aspx>

² www.cesifo-group.de/de/dms/ifodoc/docs/facts/survey/empl/2018/EMPLB_201809_DE.pdf



BERGISCHES STÄTTEDREIECK DAS REGIONALE KONJUNKTURBAROMETER

Das Regionale Konjunkturbarometer ist ein qualitativer Indikator, der die konjunkturelle Lage und Entwicklung des Bergischen Städtedreiecks erfasst. Der Indikator basiert auf einer quartalsweisen Befragung von Unternehmen im Bergischen Städtedreieck zu ihrer aktuellen wirtschaftlichen Lage sowie ihren Erwartungen hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung.

Vergleichbare Indikatoren werden auf nationaler Ebene von verschiedenen Wirtschaftsforschungsinstituten (z.B. ifo, ZEW) bereits seit längerem erhoben und finden in Wirtschaft, Politik und Medien große Beachtung. Da die wirtschaftliche Entwicklung auf regionaler Ebene allerdings systematisch von der nationalen Entwicklung abweichen kann, stellt das Regionale

Konjunkturbarometer ein wichtiges Entscheidungskriterium für die Unternehmen im Bergischen Städtedreieck dar. Insbesondere Unternehmen, deren Produktionsstandorte und/oder Absatzmärkte eng mit dem Bergischen Städtedreieck verbunden sind, können durch das Regionale Konjunkturbarometer künftig bessere Managemententscheidungen treffen. Auch für lokal agierende Finanzinstitute ist die regionale wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung und sollte in das Risikomanagement durch geeignete Kennzahlen einfließen. Ebenso helfen regionale Konjunkturprognosen politischen Entscheidungsträgern mögliche Auswirkungen von kommunalen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen besser abschätzen zu können.

Die Umfrage zum Regionalen Konjunkturbarometer besteht aus vier Fragen:

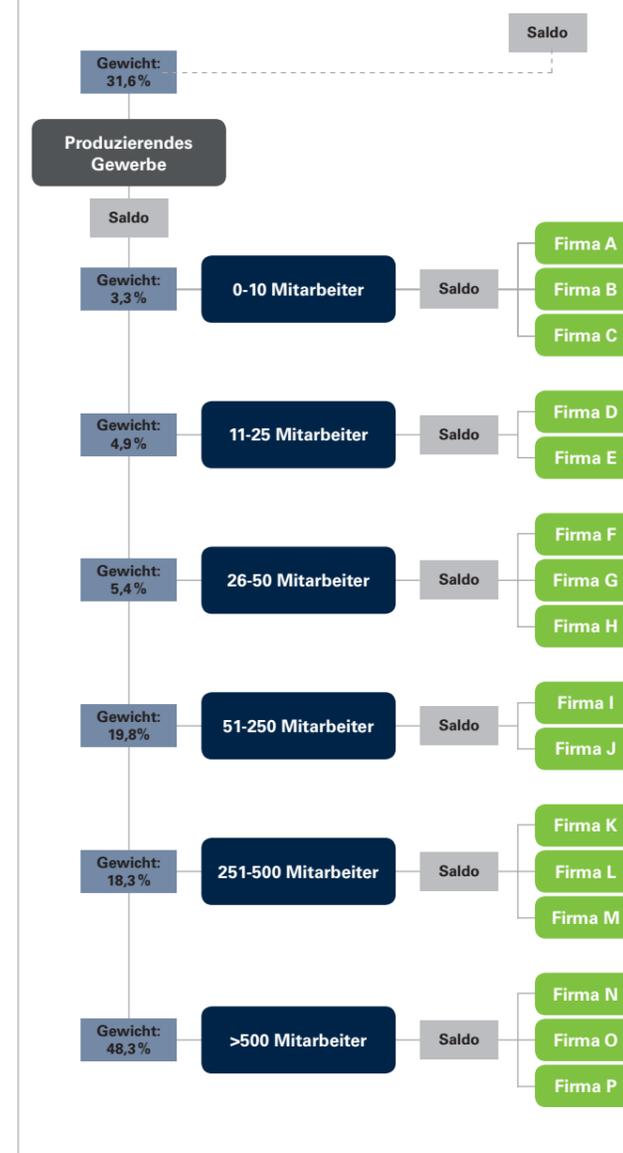
1. Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage
2. Die Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate
3. Die aktuelle Nachfragesituation
4. Die Personalplanung für die nächsten sechs Monate

Die Fragen werden quartalsweise in den Sektoren: Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Handel und Dienstleistungen erhoben.

Die Ergebnisse der ersten beiden Fragen bilden die zwei Komponenten des Regionalen Konjunkturbarometers: (i) Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage und (ii) die Erwartungen der befragten Unternehmer hinsichtlich ihrer Geschäftsentwicklung in den kommenden sechs Monaten. Die Frage zur aktuellen Geschäftslage kann mit „gut“, „befriedigend“ oder „schlecht“ beantwortet werden. Die Frage zu den Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate kann mit „etwas günstiger“, „etwa gleich“ oder „eher schlechter“ beantwortet werden.³

Für die beiden Komponenten wird jeweils der Saldo aus positiven (gut/etwas günstiger) und negativen (schlechter/eher schlechter) Antworten berechnet. Die beiden Salden können jeweils Werte von -100 % bis +100 % annehmen. Bewerten die Teilnehmer z. B. die aktuelle Geschäftslage zu 60 % mit „gut“, 15 % mit „befriedigend“ und 25 % mit „schlecht“, dann ergibt sich ein Saldo von +35 %.

SCHEMATISCHE DARSTELLUNG DES AGGREGATIONSVERFAHRENS



³ Die Antwortmöglichkeiten folgen den Empfehlungen der Europäischen Kommission zur Harmonisierung von Unternehmens- und Verbraucherstichproben.

Da der Beitrag der befragten Unternehmen zur regionalen Wirtschaftsleistung nicht gleich hoch ist, sondern vielmehr in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße und der Branchenzugehörigkeit variiert, verwenden wir ein zweistufiges Gewichtungsverfahren zur Berechnung der Salden:

1. Die verschiedenen Sektoren tragen in unterschiedlichem Maß zur regionalen Wirtschaftsleistung (regionales BIP) bei. Deshalb werden die Antworten der Unternehmen für jeden Sektor getrennt ausgewertet.
2. Die Unternehmensgröße hat einen wesentlichen Einfluss auf den Beitrag eines Unternehmens zur regionalen Wirtschaftsleistung. Innerhalb eines Sektors werden deshalb nochmals Teilstichproben auf Basis der Unternehmensgröße gebildet. In jeder Teilstichprobe finden sich somit Unternehmen mit ähnlicher Größe und Unternehmensgegenstand.

Für jede Teilstichprobe wird unsere Saldenmethodik einzeln angewendet. Aus den Salden wird dann ein gewichteter Mittelwert je Sektor berechnet. Bei der Gewichtung innerhalb eines Sektors wird berücksichtigt, wie viele Unternehmen es für die jeweilige Teilstichprobe im Bergischen Städtedreieck tatsächlich gibt⁴ und welchen Anteil sie an der gesamten Bruttowertschöpfung des Städtedreiecks haben.⁵

Anschließend werden die so ermittelten sektoralen Salden anhand ihres Beitrags zur regionalen Bruttowertschöpfung aggregiert. Am Ende des zweistufigen Gewichtungsverfahrens erhalten wir einen sektorübergreifenden Geschäftslage- und einen Geschäftserwartungssaldo für das Bergische Städtedreieck. Das Regionale Konjunkturbarometer ist das geometrische Mittel aus den beiden Salden:

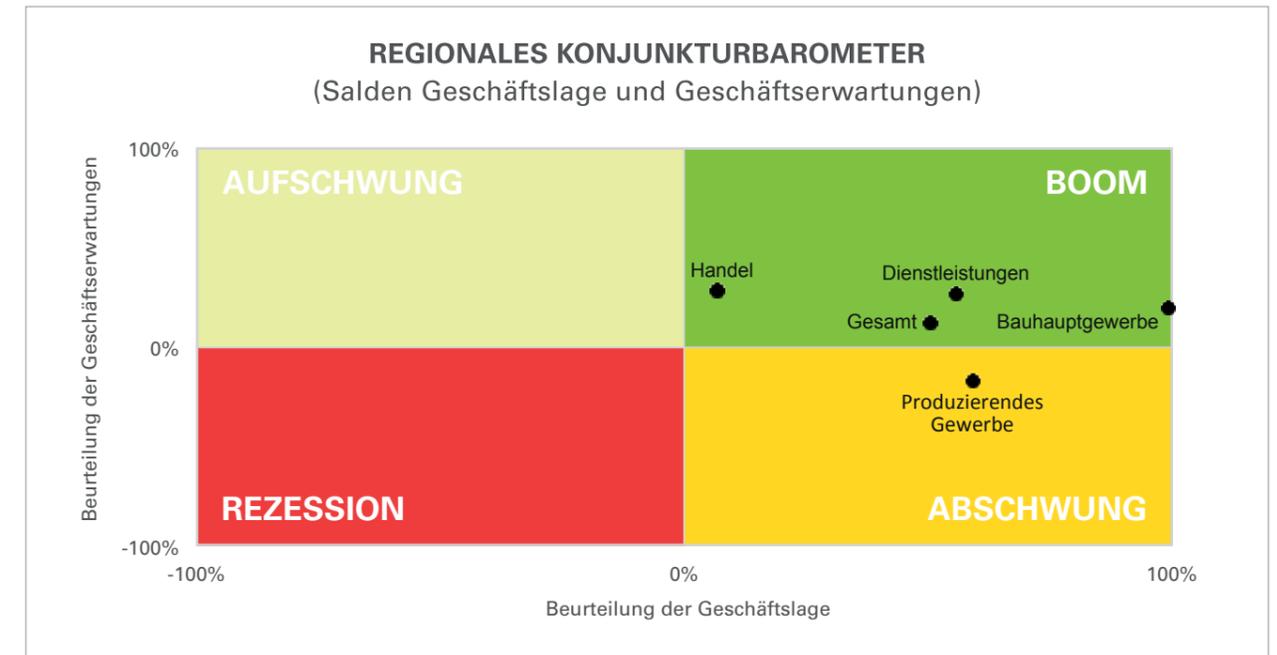
$$KB = \sqrt{(GL + 200) * (GE + 200)} - 200$$

Das Regionale Konjunkturbarometer ist ein konjunktureller Frühindikator. Gegenüber amtlichen Statistiken zur wirtschaftlichen Entwicklung, welche auf Kreisebene nur jährlich und mit einer zeitlichen Verzögerung von 19 Monaten veröffentlicht werden,

bietet der Indikator eine zeitnahe Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage. Das Regionale Konjunkturbarometer ist besonders geeignet, um zyklische Wendepunkte im Wirtschaftsgeschehen frühzeitig zu erkennen.

⁴ An dieser Stelle wird die Verteilung der Grundgesamtheit und nicht die Verteilung der Stichprobe berücksichtigt.
⁵ Die Anzahl der Unternehmen im Bergischen Städtedreieck nach Sektor und Beschäftigungsgrößenklasse sowie Angaben zum Anteil an der Bruttowertschöpfung wurden uns freundlicherweise vom Statistisches Landesamt NRW und vom Statistischen Bundesamt in Form von Sonderauswertungen zur Verfügung gestellt.

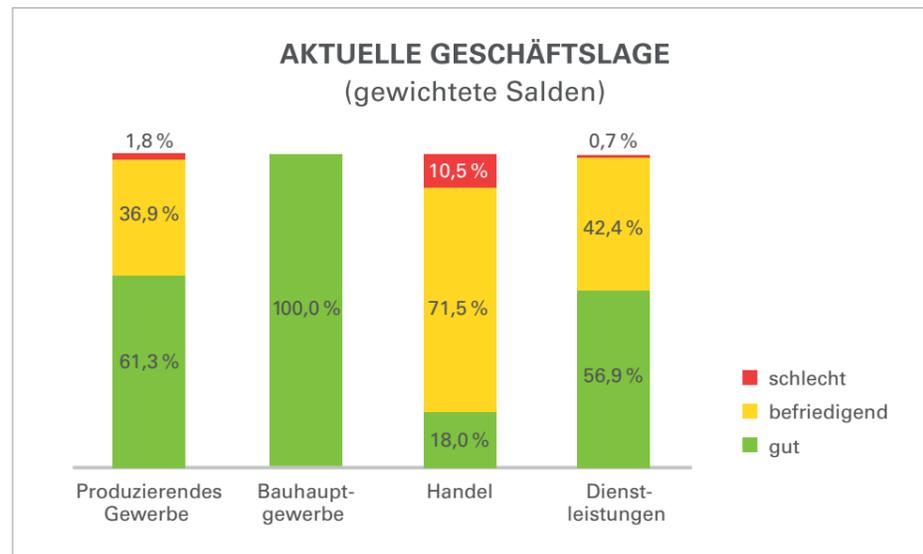
WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND ERWARTUNGEN



Im Vergleich zum 2. Quartal 2018 hat sich die Geschäftslage im Bergischen Städtedreieck etwas verschlechtert. Von den meisten Unternehmen wird sie aber immer noch als „gut“ oder „befriedigend“ eingestuft. Die Erwartungen für die kommenden 6 Monate sind verhalten optimistisch.

Der Saldowert des Regionalen Konjunkturbarometers beträgt +31,8%. Er liegt damit 7,1 Prozentpunkte unter dem Saldo des 2. Quartals. Der

Rückgang ergibt sich aus einer verschlechterten Lageeinschätzung der Unternehmen im Bergischen Städtedreieck. Die Eintrübung der Stimmung ist über alle Branchen hinweg zu beobachten. Eine Ausnahme bildet das Bauhauptgewerbe. Wie das ifo-Geschäftsklimaindex für das Bauhauptgewerbe, verzeichnet auch das Regionale Konjunkturbarometer für diese Branche einen weiteren Aufwärtstrend mit einem neuen Höchstwert.



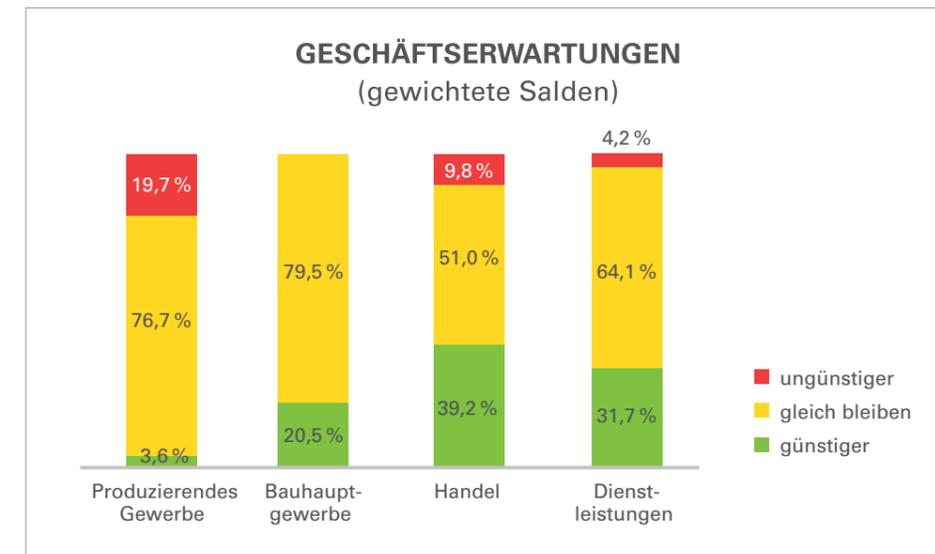
Die Unternehmen im Bergischen Städtedreieck beurteilen die aktuelle Geschäftslage zwar schlechter als im 2. Quartal, aber immer noch als „sehr gut“. Der Anteil der positiven Rückmeldungen beträgt 53,5%. Lediglich 2,6% der befragten Unternehmen sind mit der momentanen Geschäftslage nicht zufrieden.

Die Geschäftslage wird von den befragten Unternehmen des Bauhauptgewerbes ausnahmslos als „gut“ bezeichnet und übertrifft damit mit Abstand die Lageeinschätzung aller anderen Branchen. Im produzierenden Gewerbe sind lediglich 1,8% mit ihrer Geschäftslage nicht zufrieden. Gegenüber dem 2. Quartal hat sich der Saldowert aber um 21,7 Prozentpunkte auf 59,5% verschlechtert. Dies lässt sich dadurch erklären, dass ein größerer Anteil an Unternehmen die aktuelle Geschäftslage nicht mehr als „gut“, sondern nur noch „befriedigend“ bewertet.

Ein noch deutlicherer Rückgang in der Lageeinschätzung ist im Handel zu beobachten. Hier beträgt der aktuelle Saldowert 7,5%. Der Anteil

der Unternehmen, die ihre aktuelle Geschäftslage als „schlecht“ beurteilen, beträgt 10,5% und ist damit höher als in allen anderen Branchen. Fast alle Negativmeldungen stammen aus kleinen Betrieben des stationären Einzelhandels. Zudem wird die Lage im Einzelhandel in Solingen und Remscheid schlechter als in Wuppertal beurteilt. Hieran wird einerseits die unterschiedliche Attraktivität der verschiedenen Einzelhandelsstandorte sichtbar, es zeigt aber auch die Auswirkungen des Strukturwandels im Handel. Es überrascht daher kaum, dass die Lage im Online- sowie im Großhandel deutlich positiver bewertet wird.

Mit einem Saldowert von +56,2% bewertet der Dienstleistungssektor die aktuelle Geschäftslage als „sehr gut“, aber ebenfalls etwas schlechter als im 2. Quartal 2018 (-5,8 Prozentpunkte). Innerhalb des Dienstleistungssektors sind besonders die IT-Dienstleister (+100%), Arzt- und Zahnarztpraxen (+80%) sowie Steuerberater- und Wirtschaftsprüfer (+80%) mit ihrer aktuellen Geschäftslage zufrieden.



Der Saldo aus positiven und negativen Antworten, bezogen auf die Geschäftserwartungen für die nächsten 6 Monate, ist im 3. Quartal 2018 um 2 Prozentpunkte auf einen Wert von +13,0% gestiegen. Der Großteil der befragten Unternehmen geht davon aus, dass sich ihre wirtschaftliche Situation in den nächsten 6 Monaten nicht weiter verbessern wird. Es deutet sich somit wie bereits im 2. Quartal an, dass der konjunkturelle Aufschwung an Kraft verliert.

Der leicht positive Saldo der branchenübergreifenden Geschäftserwartungen wird vor allem durch die positiven Erwartungen des Bauhauptgewerbes (+20,5%) und des Dienstleistungssektors (+27,4%) gestützt. Der Saldowert im Handel ist auf +29,4% gestiegen. Hierbei handelt es sich vor allem um einen saisonalen Effekt, da das Weihnachtsgeschäft eine hohe Bedeutung für die Umsätze im Einzelhandel hat.

Im produzierenden Gewerbe (-16,1%) haben sich die Erwartungen gegenüber dem 2. Quartal 2018 nochmals verschlechtert und liegen erneut im

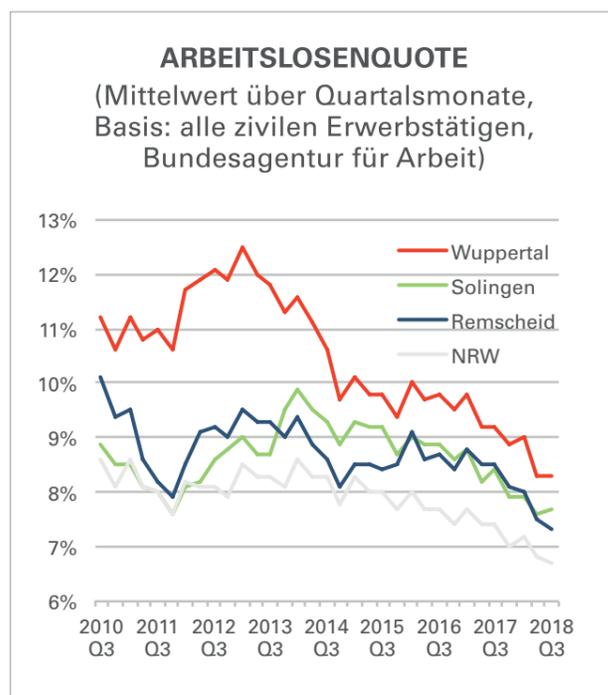
negativen Bereich. Die Tatsache, dass die produzierenden Unternehmen die wirtschaftliche Entwicklung deutlich schlechter als alle anderen Branchen einschätzen, lässt sich vor allem durch ihre starke Exportabhängigkeit erklären. Damit einhergehend schätzen vor allem größere Betriebe die wirtschaftliche Entwicklung negativer als kleinere, weniger exportorientierte Unternehmen, ein.

An der Umfrage zum Regionalen Konjunkturbarometer für das 3. Quartal 2018 haben 203 Unternehmen (mit rund 18.500 Beschäftigten) teilgenommen. Im Verhältnis zur Grundgesamtheit ergibt sich eine ausgeglichene Verteilung der Unternehmen sowohl über die Sektoren als auch über die Beschäftigungsgrößenklassen.

Erfreulicherweise konnten wir nicht nur die Teilnehmerzahl insgesamt, sondern auch die Beteiligung von Unternehmen aus Solingen und Remscheid steigern. Somit ist nun auch eine bessere Abdeckung der geographischen Verteilung gegeben.



ARBEITSMARKT



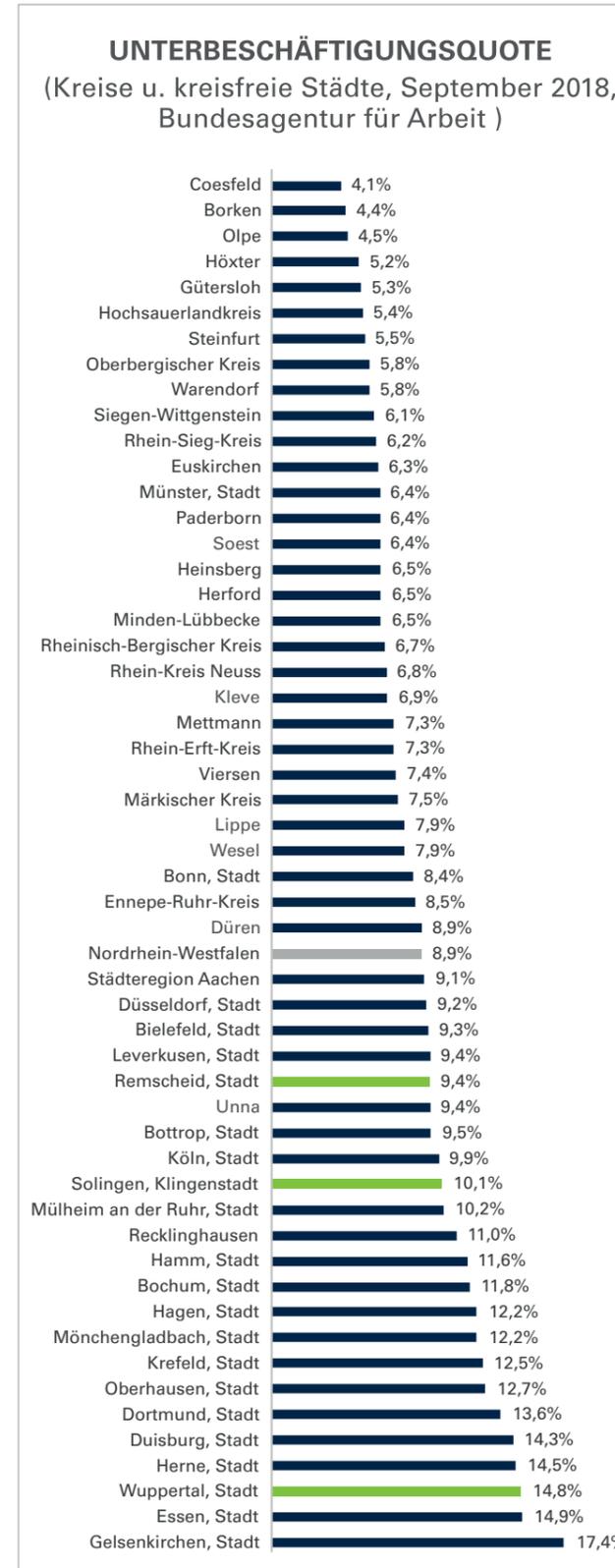
Der auf nationaler Ebene zu beobachtende Herbstaufschwung spiegelt sich auch auf dem regionalen Arbeitsmarkt wider. Die Zahl der Arbeitslosen ist im September um 705 Personen gegenüber dem Vormonat gesunken. Verglichen mit dem September des Vorjahres stellt dies einen Rückgang um 2.615 Personen dar. Die Arbeitslosenquote des Bergischen Städtedreiecks, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, beträgt im September 7,8% und liegt damit 0,9 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahresmonats. Diese positive Entwicklung ist in allen drei Städten zu beobachten. In Remscheid ist der Rückgang der Arbeitslosenquote am deutlichsten.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen umfasst nicht die Teilnehmer an arbeitspolitischen Maßnahmen, Personen die kurzfristig arbeitsunfähig sind sowie ältere Arbeitssuchende nach § 53a SGB II.

Sie erfasst damit nicht die gesamte Anzahl aller Arbeitssuchenden. Ein umfassenderes Maß, das die zuvor genannten Personengruppen mit einbezieht, ist die Unterbeschäftigungsquote.

Im Vergleich der Unterbeschäftigungsquoten aller Kreise und kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens schneiden die drei Bergischen Städte schlechter ab als der Landesdurchschnitt. Insbesondere in Wuppertal ist die Unterbeschäftigungsquote im September mit 14,8% deutlich höher als die Arbeitslosenquote (8,2%). Dennoch deuten die Entwicklungen der letzten Monate einen positiven Trend an. Vor allem Remscheid macht im September im landesweiten Vergleich einen Platz gut.

Im September wurden im Bergischen Städtedreieck 5.321 offene Stellen gemeldet. Das sind 139 Stellen mehr als im Vorjahresmonat. Die wachsende Anzahl offener Stellen scheint im Widerspruch zur hohen Unterbeschäftigungsquote zu stehen. Wie auf nationaler Ebene lässt sich diese Diskrepanz zum Teil jedoch dadurch erklären, dass vermehrt Stellen für qualifizierte Fachkräfte ausgeschrieben werden und das vorhandene Arbeitskräfteangebot die gesuchten Qualifikationen nicht bietet. Stellenan-

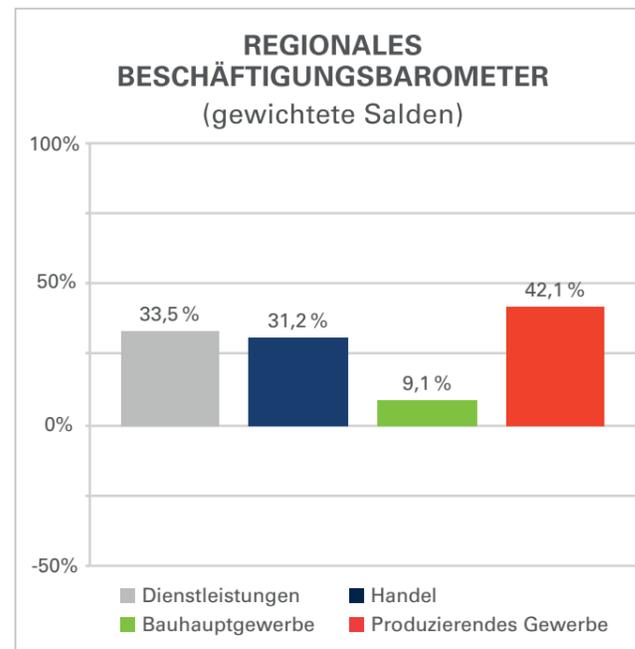


gebote können zudem von Branche zu Branche variieren.

Die Unternehmen im Bergischen Städtedreieck sind im Vergleich zum zweiten Quartal bezüglich eines weiteren Beschäftigungsaufbaus wieder deutlich positiver gestimmt.

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass die Beschäftigungsquote in den nächsten sechs Monaten weiter ansteigen wird. Der Saldo aus den gewichteten positiven und negativen Antworten des Regionalen Beschäftigungsbarometers beträgt +36,3 %.

Treibende Kraft des positiven Saldo werts bleiben das produzierende Gewerbe (+42,1 %) und der Dienstleistungssektor (+33,5 %). Auch im Handel (+31,2 %) ist insgesamt mit Beschäftigungszuwächsen zu rechnen. Hier besteht jedoch eine erhebliche Diskrepanz zwischen dem



Einzel- und Großhandel. Während im Einzelhandel mit einem Stellenabbau gerechnet wird, werden im Großhandel deutliche Beschäftigungszuwächse erwartet. Im Bauhauptgewerbe fällt das Urteil erwartungsgemäß nur leicht positiv aus (+9,1 %). Hieran zeigt sich, dass das Regionale Beschäftigungsbarometer definitionsgemäß die Entwicklung der Beschäftigungszahlen und nicht die Nachfrage nach Arbeitnehmern abbildet.

Um die Nachfrage nach Fachkräften zu erfassen, hat das WIFOP die Unternehmen im Bergischen Städtedreieck nach offenen Stellen und der Schwierigkeit, diese zu besetzen, befragt. Mit 51,4 % gaben über die Hälfte der Unternehmen an, derzeit offene Stellen für Fachkräfte zu haben. Über 90 % der befragten Unternehmen gaben an, dass sie jedoch Probleme haben, diese Stellen mit geeigneten Fachkräften zu besetzen. Innerhalb des produzierenden Gewerbes ist die Situation in der Metallerzeugung, -bearbeitung und -oberflächenveredelung besonders angespannt. Gleiches gilt für den Metallbau und die Schweißtechnik. Für das Bauhauptgewerbe stellt der Fachkräftemangel derzeit die größte Herausforderung dar. Im Dienstleistungssektor haben vor allem IT-Dienstleister sowie Steuerberater und Wirtschaftsprüfer Probleme ihre offenen Stellen zu besetzen. In der Gesundheitsökonomie ist die Stellenlage bei Pflegeeinrichtungen dem nationalen Trend entsprechend angespannt. Arzt- und Zahnarztpraxen haben hingegen nur wenig Probleme ihre offenen Stellen zu besetzen.



BRANCHENREPORT BAUHAUPTGEWERBE

EINLEITUNG

Gemessen an seinem Anteil an den gesamtdeutschen Beschäftigungszahlen und am Bruttoinlandsprodukt, stellt das Bauhauptgewerbe einen wichtigen Wirtschaftszweig der deutschen Volkswirtschaft dar. Auch ist es – durch seinen aufbauenden Charakter – Wegbereiter für andere Branchen: errichtet Wohn-, Büro-, Lager- und Produktionsgebäude, sowie die umliegende Infrastruktur, die für die Wertschöpfung anderer Branchen (wie z. B. dem Einzelhandel) unabdingbar sind. Somit stellt das Bauhauptgewerbe eine wichtige Stütze der deutschen Wirtschaft dar. Das Bauhauptgewerbe ist sowohl deutschlandweit, als auch im Bergischen Städtedreieck, vor allem durch kleine und mittelständische Betriebe geprägt, die mehrheitlich als Familienunternehmen geführt werden. Diese setzen auf Standortverbundenheit, Traditionsbewusstsein und über Jahrzehnte gewachsenes Ingenieurwissen, öffnen sich aber nur langsam tiefgreifenden unternehmerischen Modernisierungsprozessen, z. B. im Bereich Digitalisierung. Die Scheu vor unternehmerischen Veränderungen und damit verbundenen Risiken, ist auf die unstete Auftragslage und den damit einhergehenden tiefgreifenden Strukturwandel der Branche in den vergangenen zwei Jahrzehnten zurückzuführen. So wechselten Hochkonjunkturphasen, Krisenzeiten und kurzfristige staatliche Konjunkturprogramme, die als vorübergehen-

de Stimulierung der Binnennachfrage eingesetzt wurden, in kürzester Zeit einander ab.

Bis 1995 erlebte das Bauhauptgewerbe, bedingt durch den Aufbau Ost, eine Boomphase. Von 1995 bis 2005 folgte dann, nach dem Auslaufen staatlicher Förderprogramme, durch die stetig sinkende Nachfrage nach Hoch- und Tiefbauleistungen, eine 10 Jahre andauernde Rezession. Zahlreiche Betriebe mussten ihre zuvor aufgebauten Baukapazitäten nun wieder abbauen, um ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern. Bis 2005 halbierte sich die Anzahl der Beschäftigten im Baugewerbe. In den darauffolgenden Jahren (von 2005 bis 2017) konnten die Unternehmen des Bauhauptgewerbes ihre Umsätze dann wieder – bis auf die kurzzeitige Rezession, bedingt durch den Höhepunkt der Finanzkrise (2009) und dem Auslaufen der Konjunkturpakete I und II (2010) – kontinuierlich steigern.

In 2017 und 2018 erzielte die Branche Umsatzrekorde, welche den Umsatzzahlen von 1995 entsprechen. Im Hochbau führt die Kombination aus hohem Bedarf an Wohnraum und gleichzeitig niedrigen Finanzierungskosten, zu einer deutlichen Steigerung der Umsätze. Auch im Tief- und Straßenbau hat sich die Nachfragesituation deutlich verbessert, da Bund und Länder ihre Infrastrukturinvestitionen deutlich erhöht haben. Dementsprechend verzeichnete der ifo

Geschäftsklimaindex im Juli 2018 für die Baubranche den stärksten Anstieg seit seiner Erhebung.

Einhergehend mit dem nationalen Trend, verzeichnet das Regionale Konjunkturbarometer für das Bauhauptgewerbe im Bergischen Städtedreieck, eine deutliche Lageverbesserung vom ersten auf das zweite Quartal 2018. In Folge der guten Auftragslage arbeiten aktuell viele Unternehmen an ihrer Kapazitätsgrenze. Zwei wesentliche Herausforderungen sind die zeitnahe Belieferung der Baustellen mit Baumaterialien und Rohstoffen sowie der anhaltende Fachkräftemangel. Dieser wird sich im Bauhauptgewerbe in den kommenden Jahren nach aktuellen Schätzungen weiter verschärfen. Die Bauwirtschaft wird zunehmend mit einem begrenzten Angebot an Handwerkern konfrontiert sein, da eine Vielzahl entsprechend qualifizierter Arbeitnehmer aufgrund ihres Alters aus dem Berufsleben ausscheiden. Gleichzeitig mangelt es an Nachwuchs, da zu wenig jüngere Menschen die Baubranche als Arbeitsmarkt in Erwägung ziehen. Insbesondere bei Baufacharbeitern mangelt es an geeigneten Bewerbern. Sowohl die mit der fortschreitenden Automatisierung verbundenen Personaleinsparungen, als auch ein mögliches Einwanderungsgesetz für Fachkräfte, können diesen Trend nur abmildern, aber keinesfalls auffangen.

Dem Baugewerbe wird zumeist ein geringes Digitalisierungspotenzial unterstellt. Das liegt an der Tatsache, dass das Bauhauptgewerbe bisher nur in Einzelbereichen auf den Einsatz von Informationstechnologien setzt. Hohe Gewinneinbußen durch Verspätungen in der Fertigstellung, Kostenüberschreitungen und mangelnde Abstimmung der unterschiedlichen Gewerke, zwingen die Baubranche allerdings auf eine lückenlose digitale Dokumentationsverarbeitung und Informationsweiterleitung zu setzen. Ein zentrales Digitalisierungstool ist hierbei das Building Information Modeling (BIM). Durch die vollständig digitale Modellierung eines Bauwerks können über den gesamten Planungs- und Ausführungsprozess alle Projektbeteiligten auf die gleichen Informationen zugreifen. BIM hat das Potenzial Bauprojekte in Bezug auf Konstruktion, Zeit-, Material- und Kostenplanung zu optimieren. Die frühzeitige Einbindung aller Projektbeteiligten kollidiert derzeit aber noch mit den vorherrschenden Vergabeverfahren. Hier ist ein Umdenken zwingend erforderlich, da BIM auch als wichtige Schnittstelle für weitere neue Technologien fungiert. So ist die additive Fertigung mittels 3D-Druck oder der Einsatz von Robotern beispielsweise nur möglich, wenn das Bauwerk vorab als digitales Modell vorliegt.

KLASSIFIKATION

In der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) des Statistischen Bundesamtes wird das Baugewerbe in drei Teilbereiche unterteilt: **Bauträger**, **Bauhauptgewerbe** und **Ausbaugewerbe**.

WIRTSCHAFTSKLASSIFIKATIONEN DER WERKZEUGINDUSTRIE (2018, Statistische Ämter des Bundes und der Länder ⁶ , eigene Darstellung)		
KÜRZEL / SCHLÜSSEL	TITEL / BESCHREIBUNG	
F	Baugewerbe	
41	Hochbau	
.1 .2	Erschließung von Grundstücken Bau von Gebäuden	Bauträger Bauhauptgewerbe
42	Hochbau	
.1 .2 .3	Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken Leitungstiefbau und Kläranlagenbau Sonstiger Tiefbau	Bauhauptgewerbe Bauhauptgewerbe Bauhauptgewerbe
42	Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten	
.1 .2 .3 .9	Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten Bauinstallation Sonstiger Ausbau Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten	Bauhauptgewerbe Ausbaugewerbe Ausbaugewerbe Bauhauptgewerbe

Bauträger befassen sich mit der Erschließung von potenziell bebaubaren Grundstücken. Das **Ausbaugewerbe** befasst sich mit der Installation von Anlagen der Versorgungstechnik, die für die Nutzung eines errichteten Bauwerks erforderlich sind (hierunter fallen unter anderem die Installation von Elektro-, Gas-, Wasser-, Lüftungs- und Klimaanlage, Antennen, Alarmanlagen, Aufzügen etc.), sowie mit dem Innenausbau von Gebäuden (hierunter fallen unter anderem der Einbau von Türen, Fenstern, Treppen, Einbauküchen, sowie die Verlegung von Bodenbelägen und Anbringung von Wandverkleidungen).

Das **Bauhauptgewerbe** befasst sich mit vorbereitenden Baustellenarbeiten (Abbruch-, Spreng-, Erdarbeiten etc.) und der Errichtung von Gebäuden und großen baulichen Anlagen (wie Wohnhäusern, Bürokomplexen, Industrieanlagen – Hochbau; und Straßen, Tunnel, Kanalisationen – Tiefbau). Zu den baulichen Tätigkeiten zählen Neubauten, Instandsetzungen, An- und Umbauten, sowie die Errichtung von vorgefertigten Bauwerksteilen. Auch spezialisierte Bautätigkeiten verschiedener Gewerke, wie beispielsweise die Dachdeckerei, die Zimmerei, der Ingenieurholzbau, der Gerüstbau und der Schornstein-, Feuerungs- und Industrieofenbau, zählen zum Bauhauptgewerbe.

WIRTSCHAFTSKLASSIFIKATIONEN DER WERKZEUGINDUSTRIE (2018, Statistische Ämter des Bundes und der Länder ⁷ , eigene Darstellung)		
KÜRZEL / SCHLÜSSEL	TITEL / BESCHREIBUNG	
F	Baugewerbe	
41	Hochbau	
.2	Bau von Gebäuden	
42	Tiefbau	
.1 .2 .3	Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken Leitungstiefbau und Kläranlagenbau Sonstiger Tiefbau	
43	Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten	
.1 .9	Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten	

Neben einer Differenzierung in verschiedene Tätigkeitsfelder des Bauhauptgewerbes erfolgt eine Unterteilung auch anhand der Auftraggeber. Im Hochbau wird zwischen privatem und öffentlichem Wohnungsbau, sowie Gewerbebau unterschieden. Im Tiefbau erfolgt eine Differenzierung zwischen gewerblichem und öffentlichem Tiefbau.

⁶ Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Klassifikationsserver: Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

⁷ Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Klassifikationsserver: Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

BEDEUTUNG UND HISTORIE

Das Baugewerbe

Das Baugewerbe weist eine jährliche Bruttowertschöpfung von rund 144 Mrd. Euro auf. Sein Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung beträgt 4,9 %. Bauinvestitionen machen einen Anteil von 9,3 % am deutschen Bruttoinlandsprodukt aus.⁸

Gemessen an der Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – 1.788.228 Personen zum 31. Dezember 2017 – stellt das Baugewerbe mit einem Anteil von 5,5 % aller Erwerbspersonen, einen bedeutsamen Wirtschaftszweig der deutschen Volkswirtschaft dar.⁹ Die Bauwirtschaft

hat nicht nur aufgrund ihrer eigenen Größe, sondern auch aufgrund ihrer engen Verflechtung mit industriellen Vorleistungsbranchen, vorgelagerten Dienstleistungen und Abnehmern, einen signifikanten Einfluss auf die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung. Nach Schätzungen des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, haben zusätzliche Bauinvestitionen in Höhe von 1 Mrd. Euro eine Produktionswirkung zwischen 2,36 Mrd. und 2,55 Mrd. Euro.¹⁰ Dies bedeutet, dass die indirekten Effekte dem 1,36 bis 1,55 fachen des eigentlichen Produktionswerts entsprechen.

Seit 2010 ist das Baugewerbe, gemessen am Umsatz, durchschnittlich um 4,3 % pro Jahr gewachsen. Zwischen 2015 und 2016 verzeichnete die Branche sogar ein Umsatzwachstum von 7,2 %, welches deutlich über der Wachstumsrate des deutschen Bruttoinlandsprodukts lag. Der Gesamtumsatz der Branche betrug laut Statistischem Bundesamt 2016 rund 123 Mrd. Euro. 60 % des Gesamtumsatzes entfiel dabei auf das Bauhauptgewerbe.

Zu beachten ist hierbei jedoch, dass sich die Ergebnisse nur auf die vom Statistischen Bundesamt erfassten Unternehmen beziehen. Insbesondere im Ausbaugewerbe liegt ein Großteil der Unternehmen unterhalb der Erfassungsgrenzen. So beschäftigen über 90 % der Betriebe im Ausbaugewerbe weniger als zehn Beschäf-

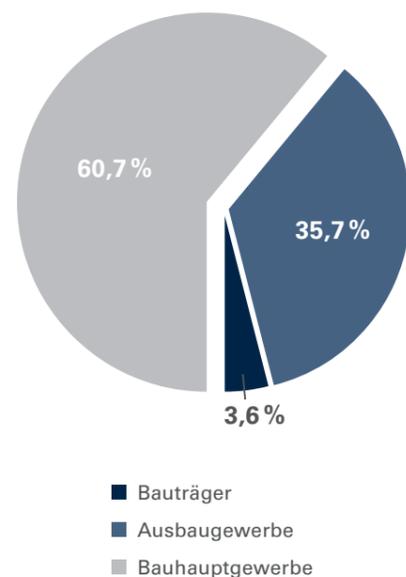
tigte.¹¹ Folglich ist das Ausbaugewerbe in den Stichproben der amtlichen Statistik tendenziell unterrepräsentiert.

Ein alternatives Maß, das die Problematik der Erfassungsgrenzen teilweise umgeht und somit die Bedeutung des Ausbaugewerbes adäquater berücksichtigt, ist das vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW) ermittelte Bauvolumen. Das Bauvolumen ist definiert als die Summe aller Leistungen, die auf die Herstellung oder Erhaltung von Gebäuden und Bauwerken gerichtet sind. Im Gegensatz zu den vom Sta-

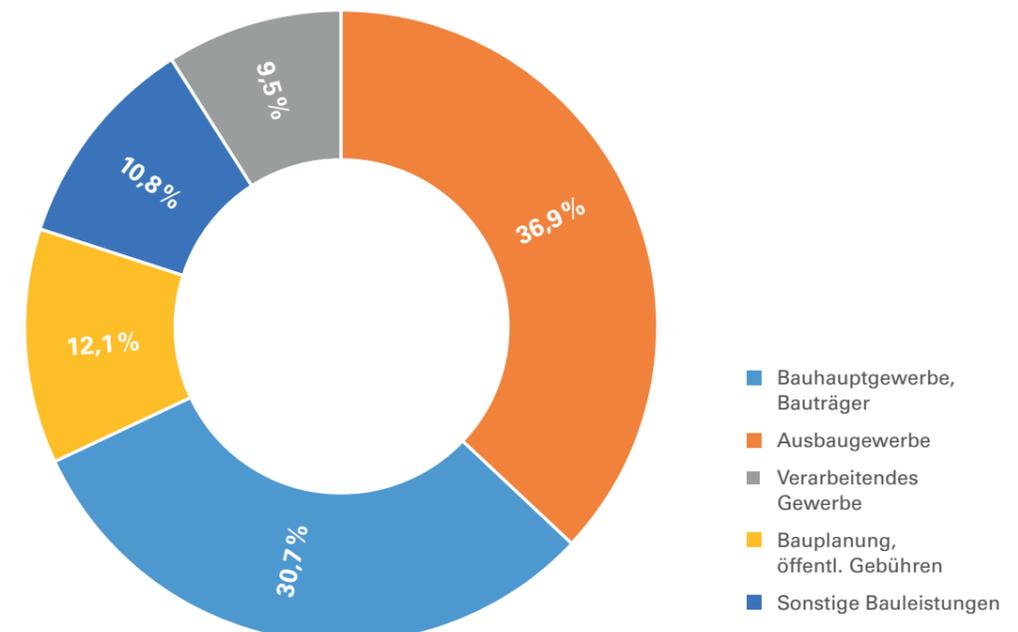
tistischen Bundesamt berechneten Bauinvestitionen, berücksichtigt das Bauvolumen auch konsumtive Bauleistungen – dies sind vor allem nicht werterhöhende Reparaturen.¹²

Mit 36,9 % hat das Ausbaugewerbe den größten Anteil am gesamten Bauvolumen. Das Bauhauptgewerbe (inklusive Bauträger) stellt mit einem Anteil von 30,7 % die zweitgrößte Produzentengruppe dar. Das restliche Drittel des Bauvolumens entfällt auf die Bauplanung (12,1 %), sonstige Bauleistungen (10,8 %) und Vorleistungen des produzierenden Gewerbes (9,5 %).

SEKTORALE UMSATZVERTEILUNG BAUGEWERBE
(2016, Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung)



BAUVOLUMEN – PRODUZENTENGRUPPE
(2016, DIW Berlin, eigene Darstellung)



⁸ Statistisches Bundesamt, VGR des Bundes 2017.

⁹ Bundesagentur für Arbeit, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen der WZ 2008 (Stand: 31. Dezember 2017).

¹⁰ RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung / Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung, Multiplikator und Beschäftigungseffekte von Bauinvestitionen (Oktober 2011).

¹¹ Zukunft Bauen Magazin 2018, Forschungsinitiative Zukunft Bauen/Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

¹² Vgl. Strukturdaten zur Produktion und Beschäftigung im Baugewerbe – Berechnungen für das Jahr 2016, DIW Berlin.

Das Bauhauptgewerbe

In 2017 betrug der baugewerbliche Umsatz des deutschen Bauhauptgewerbes, gemäß den Angaben des Statistischen Bundesamts für Betriebe mit mehr als 20 Mitarbeitern, 76,9 Mrd. Euro. Das Umsatzwachstum von 2016 auf 2017 betrug 8,5 %. Im Zeitraum zwischen Januar und Juli 2018 konnte der baugewerbliche Umsatz um 8 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gesteigert werden. Das starke Wachstum lässt sich vor allem durch die gute Binnenkonjunktur, die aktuell niedrigen Finanzierungskosten und einem Anstieg der öffentlichen Bauinvestitionen begründen.

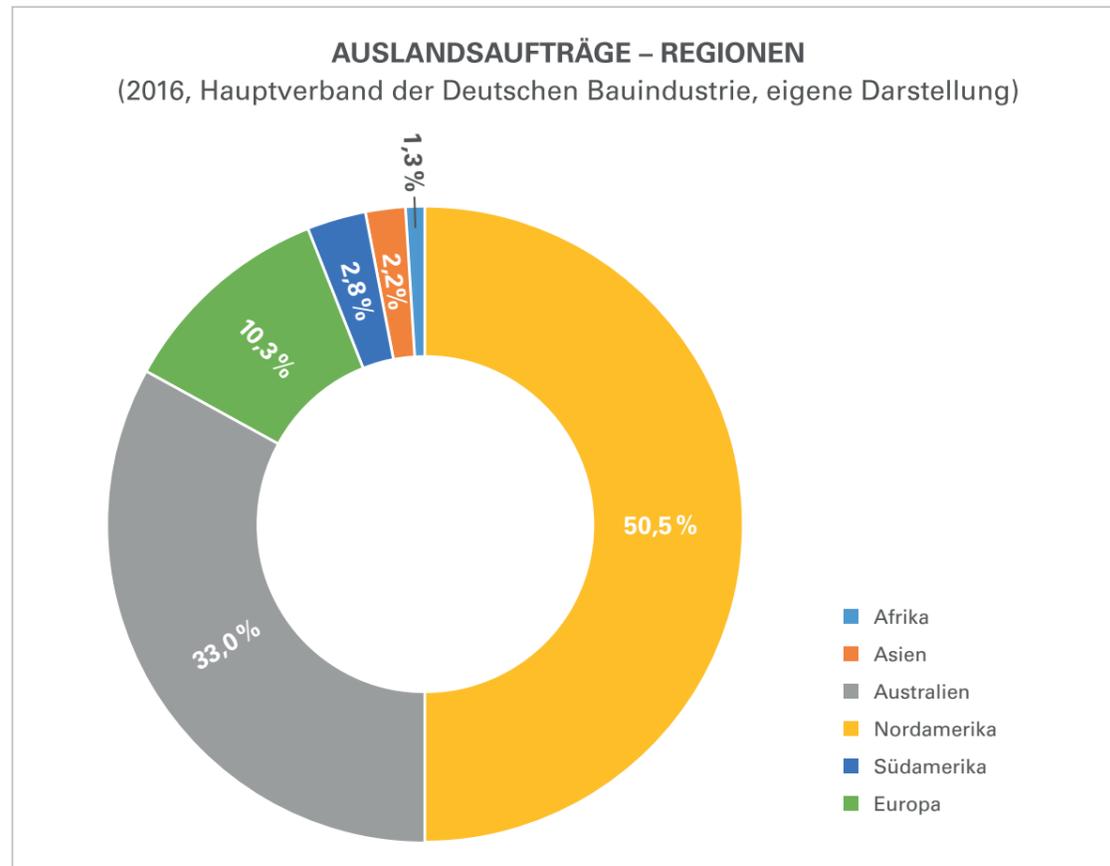
Die starke Abhängigkeit von der Binnenkonjunktur zeigt sich auch an der geographischen Umsatzverteilung des Bauhauptgewerbes. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts betrug der Anteil des Auslandsgeschäfts an der gesamten Jahresbauleistung in 2016 lediglich 1,9 %. Bei der Erhebung des Statistischen Bundesamts werden jedoch die erwirtschafteten Umsätze von ausländischen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften nicht berücksichtigt. Diese werden allerdings in den Verbandsstatistiken des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie e.V. (HDB), als auch der European International Contractors

Federation (EIC) berücksichtigt. Der Auslandsanteil an den gesamten Auftragseingängen in 2016 ist mit rund 28 % im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen jedoch eher gering. Auch ist zu beachten, dass ein Großteil der ausländischen Auftragseingänge auf einige wenige Großunternehmen entfällt.

Der überwiegende Teil des Auslandsgeschäfts entfällt auf Auftraggeber außerhalb der Europäischen Union. Mit einem Anteil von rund 50 % ist Nordamerika der wichtigste ausländische Markt. Während Australien mit einem Anteil von rund 33 % einen weiteren wichtigen Auslandsmarkt der deutschen Bauindustrie darstellt, spielen Afrika (1,3 %), Asien (2,2 %) und Lateinamerika (2,8 %) nur eine untergeordnete Rolle. Insbesondere die zahlreichen Konflikte in Nordafri-

ka, dem Nahen Osten und den Golfstaaten hat dazu geführt, dass dort – trotz hohem Marktpotenzial – die Auslandsaufträge in den letzten Jahren tendenziell rückläufig waren.

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V. geht davon aus, dass die baugewerblichen Umsätze im Jahr 2018 nominal um 8 % – und somit deutlich stärker als die Gesamtwirtschaft – wachsen werden.¹³ Für 2019 wird mit einem Umsatzwachstum in gleicher Höhe gerechnet. Abgesehen vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, gehen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute, sowie die Bundesregierung, davon aus, dass die Bauinvestitionen in 2018 gegenüber dem Vorjahr stärker als das Bruttoinlandsprodukt wachsen werden.



ÜBERSICHT KONJUNKTURPROGNOSEN

(Prognosewerte der jeweiligen Institution, eigene Darstellung)

INSTITUTION	DATUM	BAUINVESTITION (Veränderung in % ggü. dem Vorjahr)	BIP (Veränderung in % ggü. dem Vorjahr)
Sachverständigenrat	21.03.2018	0,9 %	2,3 %
Bundesregierung (Herbstgutachten)	27.09.2018	2,9 %	1,7 %
IWH Halle	06.09.2018	2,8 %	1,7 %
IfW Kiel	06.09.2018	3,0 %	1,9 %
RWI Essen	05.09.2018	2,8 %	1,8 %
HWWI Hamburg	04.09.2018	3,4 %	1,9 %
DIW Berlin	06.09.2018	2,7 %	1,8 %
ifo München	06.09.2018	2,9 %	1,9 %
IW Köln	19.09.2018	2,0 %	1,8 %
DIHK	30.05.2018	3,0 %	2,2 %
Minimum		0,9 %	1,7 %
Maximum		3,4 %	2,3 %
Arithmetischer Mittelwert		2,9 %	1,9 %

¹³ Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V. (HDB), Baukonjunkturelle Lage (Stand: 25.09.2018).

Das Bergische Städtedreieck

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts führt die einsetzende Industrialisierung im metall- und textilverarbeitenden Gewerbe zu einer Arbeitsmigration in die sich entwickelnden industriellen Zentren der Bergischen Region.¹⁴ Zwischen 1850 und 1910 verdreifacht sich die Bevölkerungszahl im Bergischen Land und Städte wie Elberfeld, Barmen, Solingen und Remscheid erreichen ungeahnte Einwohnerzahlen und Größenordnungen. Die steigende Nachfrage nach Bauleistungen durch die rasant wachsenden Industrien, sowie der stark bevölkerten Städte, führt zur Neugründung einer Vielzahl von kleinen Handwerksbetrieben. Sie werden beauftragt Fabrikhallen für die entstehenden Großbetriebe (wie Stahlgießereien oder Walzwerke) zu errichten, neue Wohngebäude – in Form von einfachen Mietskasernen für die Arbeiterschaft, aber auch repräsentativen Villen für das Wirtschaftsbürgertum – zu bauen und die Kanalisation und Pflasterung der bislang unbefestigten innerstädtischen Straßen vorzunehmen. Auch werden die Handwerksbetriebe zur Schaffung eines städtischen Versorgungsnetzes für Wasser, Gas und Strom herangezogen. So lassen Elberfeld und Barmen, um sauberes Wasser bereitstellen zu können, welches die Wupper durch die dort angesiedelte chemische Industrie schon lange nicht mehr liefert, 1879/82 Wasserwerke an Rhein

und Ruhr errichten. Remscheid und Solingen sichern ihre Wasserversorgung durch den Bau kommunaler Talsperren. 1887 errichtet Elberfeld das erste städtische Elektrizitätswerk in Deutschland, die anderen Städte folgen nur wenig später.¹⁵ Im Zuge der Modernisierung des öffentlichen Nahverkehrs werden zahlreiche Handwerksbetriebe auch mit Stahl- und Gleisbauarbeiten beauftragt. So werden ab 1874 erste Trassen für Pferde-Straßenbahnen errichtet, welche ab 1893 elektrisch betrieben werden. Zu den zwei beeindruckendsten Projekten des öffentlichen Nahverkehrs zählen die Wuppertaler Schwebebahn (1902), deren größte Teilstrecke die Städte Elberfeld und Barmen verbindet, sowie die Müngstener Brücke (1897), die erste im freien Vorbau errichtete Stahlkonstruktion und immer noch höchste Eisenbahnbrücke Deutschlands, welche die Städte Remscheid und Solingen verbindet.¹⁶

In der Epoche der Weltkriege erfolgt der Ausbau der städtischen Infrastruktur im Bergischen Land eine Zäsur. Nach dem Stillstand des Wohnungsbaus während der Kriegsjahre und dem massenhaften Zuzug von Flüchtlingen aus den kriegszerstörten Großstädten, sind die Nachkriegsjahre durch eine große Wohnungsnot gekennzeichnet. Vor diesem Hintergrund investieren die bergischen Kommunen massiv in Wohnungs-

und Siedlungsaufgaben. Ihre finanzielle Leistungskraft stößt jedoch rasch an Grenzen, weshalb man eine umfassende Gebietsreform durchführt, um kommunale Einrichtungen und Verkehrsbetriebe kosteneffizienter betreiben zu können. Barmen und Elberfeld werden mit Cronenberg, Ronsdorf und Vohwinkel zur Stadt Wuppertal vereinigt, Lennep und Lüttringhausen werden in das Stadtgebiet Remscheids eingemeindet, und Gräfrath, Höhscheid, Ohligs und Wald mit Solingen zu einer neuen Großstadt zusammengeschlossen. In den 1950er Jahren profitieren die neu entstandenen Großstädte von hohen Gewerbesteuererträgen durch die ansässigen Großunternehmen. So setzt ein gewaltiger Bauboom ein. Die Städte breiten sich aus, zahlreiche Neusiedlungen entstehen am Stadtrand.¹⁷

Durch die alliierten Reparationsverpflichtungen kommt der innerstädtische Verkehr 1945 fast völlig zum Erliegen – die Abgabe zahlreicher Lokomotiven und Waggons, macht sich, ebenso wie der starke Verschleiß der Bahnanlagen durch den Kriegseinsatz, negativ bemerkbar. So beginnen die bergischen Städte das Straßennetz langsam an den sich entwickelnden Autoverkehr anzupassen: Straßen- und Kleinbahnen werden zurückgebaut und Autobuslinien errichtet. Gleichzeitig entsteht mit

Autohäusern, Reparaturwerkstätten und Tankstellen auch die notwendige Infrastruktur für den aufkommenden Individualverkehr. Allorts werden Straßen verbreitert und asphaltiert, sowie Pläne für ein Netz überregionaler Schnellstraßen geschmiedet.¹⁸ Schon in den 1930er Jahren waren zwischen Opladen und Düsseldorf, sowie Remscheid und Wermelskirchen erste Teilstücke der Autobahnen A1 und A3 entstanden. Sie werden nach 1950 weiter ausgebaut und mit zahlreichen neuen Bundesstraßen zu einem flächendeckenden regionalen Verkehrsnetz verbunden.¹⁹ Dieses ist notwendig, da es ab den 1960er Jahren zu einem zunehmenden Pendlerverkehr zwischen Stadt und Umland kommt. So stößt das Städtewachstum in dieser Zeit an seine Grenzen. Man beginnt mit dem Bau erster Hochhäuser, um den Platzmangel zu überbrücken – auch die historischen Stadtkerne weichen nun oftmals Großbauprojekten. Ab den 1970er Jahren verlagert sich das Städtewachstum aber zunehmend auf die angrenzenden Landkreise und Mittelstädte. Der private Wohnungsbau steigt in dieser Zeit an, während der öffentliche Bau und der Wirtschaftsbau zunehmend stagniert.²⁰ Ab Mitte der 1970er Jahre führen die Haushaltskonsolidierung der Kommunen, hohe Hypothekenzinsen und negative Konjunkturlinien insgesamt zu einem Rückgang in der Bauproduktion.

¹⁴ Boch, Rudolf (2016): Das Bergische Land im 19. Jahrhundert (1814–1914). In: Gorißen, Stefan (Hg.): Geschichte des Bergischen Landes, Band 2: Das 19. und 20. Jahrhundert (= Bergische Forschungen Band 32). Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte, S.246-250.

¹⁵ Eßer, Albert/Rogge, Ralf (2016): Stadtentwicklungen im Bergischen Land. In: Gorißen, Stefan (Hg.): Geschichte des Bergischen Landes, Band 2: Das 19. und 20. Jahrhundert (= Bergische Forschungen Band 32). Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte, S.276-291.

¹⁶ Banken, Ralf (2016): Die Verkehrsentwicklung im Bergischen Land. In: Gorißen, Stefan (Hg.): Geschichte des Bergischen Landes, Band 2: Das 19. und 20. Jahrhundert (= Bergische Forschungen Band 32). Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte, S.316-326.

^{17 u. 20} Eßer, Albert/Rogge, Ralf (2016): Stadtentwicklungen im Bergischen Land. In: Gorißen, Stefan (Hg.): Geschichte des Bergischen Landes, Band 2: Das 19. und 20. Jahrhundert (= Bergische Forschungen Band 32). Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte, S.298-305.

¹⁸ Banken, Ralf (2016): Die Verkehrsentwicklung im Bergischen Land. In: Gorißen, Stefan (Hg.): Geschichte des Bergischen Landes, Band 2: Das 19. und 20. Jahrhundert (= Bergische Forschungen Band 32). Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte, S.327-330.

¹⁹ Banken, Ralf (2016): Die Verkehrsentwicklung im Bergischen Land. In: Gorißen, Stefan (Hg.): Geschichte des Bergischen Landes, Band 2: Das 19. und 20. Jahrhundert (= Bergische Forschungen Band 32). Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte, S.330/331.

Ab diesem Zeitpunkt werden seltener Neubauten, sondern vermehrt Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen von Bestandsbauten, beauftragt.²¹ Auch Verkehrsprojekte werden nun aufgrund von hohen Umweltkosten kleiner gehalten. So entstehen zur Verkehrsentlastung vor allem mehrere Zubringer zu überregionalen Autobahnen, welche durch den Fahrbahnausbau bereits bestehender Bundesstraßen und Autobahnen umgesetzt werden.²² In den 1980er Jahren gerät die westdeutsche Bauwirtschaft insgesamt in einen ausgeprägten Abschwung. Erst zu Beginn der 1990er Jahre kommt es wieder zu einem leichten Aufschwung durch staatliche Investitionen in den Aufbau Ost. Viele bergische Bauunternehmen orientieren sich daher überregional, manche (wie die August Dohrmann

GmbH) gründen sogar Tochtergesellschaften in Ostdeutschland, um direkt vor Ort agieren zu können.²³ Mit dem Auslaufen der staatlichen Förderprogramme und damit einhergehender Auftragseinbrüche, gehen die bergischen Unternehmen in den 2000er Jahren zu einer strukturellen Konsolidierungsphase über, in der die Betriebsgrößen abnehmen.²⁴ Das Baugewerbe im Bergischen Städtedreieck ist heute vor allem durch Klein- (8,1 %) und Kleinstbetriebe (91,4 %) geprägt. Mittelständische Unternehmen machen 0,5 % der Unternehmen aus. Baugroßunternehmen sind im Bergischen Städtedreieck nicht angesiedelt. Der Anteil der Bauwirtschaft an der Bruttowertschöpfung im Städtedreieck beträgt aktuell 3,1 %. Auf nationaler Ebene ist der Anteil andert-halbmal so hoch.

BERGISCHES STÄDTEDECK: TOP 10 UNTERNEHMEN NACH UMSATZ

(Bisnode Firmendatenbank / Stand Oktober 2018, eigene Darstellung)

RANG	WZ	UNTERNEHMEN	ORT	BESCHÄFTIGTE	UMSATZ IN MIO. €
1	43999	August Dohrmann GmbH	Remscheid	140*	40,0
2	43999	G+O Müller GmbH & Co. KG	Solingen	40	9,2
3	43999	Knebes Bauunternehmung GmbH & Co. KG	Remscheid	45	6,4
4	43999	BEMA Comfortbau GmbH	Wuppertal	15	5,4
5	43999	Carl Lorenz GmbH & Co. KG	Solingen	58	4,8
6	43110	Wilhelm Groß GmbH & Co. KG	Wuppertal	43	4,1
7	43999	Harg Bau GmbH	Remscheid	25	4,0
8	43999	Dipl.-Ing. M. Jung Bauflächen-technik GmbH & Co. KG	Solingen	15	3,5
9	41201	Hanedar Bau GmbH	Wuppertal	25	3,4
10	42990	Dieter Ehlhardt Tief- und Straßenbau GmbH	Wuppertal	26	3,3

* Nur Standort Remscheid

21 u. 24 Brömer, Katrin (2015): Bauwirtschaft und Konjunktur. Bedeutung und Auswirkung staatlicher Nachfragesteuerung auf die Bauwirtschaft. In: Jacob, Dieter (Hg.) Baubetriebswirtschaftslehre und Infrastrukturmanagement. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S.13-22.

22 Banken, Ralf (2016): Die Verkehrsentwicklung im Bergischen Land. In: Gorißen, Stefan (Hg.): Geschichte des Bergischen Landes, Band 2: Das 19. und 20. Jahrhundert (= Bergische Forschungen Band 32). Bielefeld: Verlag für Regionalgeschichte, S.332/333.

23 <https://dohrmann.de/unternehmen/geschichte.html>



RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die Unternehmen des deutschen Bauhauptgewerbes haben eine Vielzahl von Rechtsnormen zu beachten. Diese regeln unter anderem die Errichtung eines Betriebes, die Vergabe- und Vertragsbedingungen von Bauaufträgen, die Bauplanung und -ausführung sowie die Vergütung der Arbeitnehmer. Die Verpflichtung zur Umsetzung verschiedener EU-Richtlinien in nationales Recht sowie die geplanten Maßnahmen laut dem Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung deuten auf zahlreiche Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Bauhauptgewerbe hin.

Das Gesetz zur Ordnung des Handwerks (kurz Handwerksordnung) regelt die Handwerksausübung in Deutschland. Die letzte wesentliche Reform erfolgte im Rahmen der Handwerksrechtsnovelle 2004. In der Folge wurde der „Meisterzwang“ für eine Vielzahl von Handwerksberufen aufgehoben. Das Bauhauptgewerbe war hiervon jedoch nicht betroffen und zählt unverändert zum zulassungspflichtigen Handwerk. Für die Errichtung oder Fortführung eines Betriebes ist deshalb – unabhängig von der gewählten Rechtsform – eine Eintragung in der Handwerksrolle erforderlich. Voraussetzung für die Eintragung ist, dass der Betriebsleiter über die geforderte Qualifikation verfügt. Diese ist in der Regel durch einen Meisterbrief nachzuweisen. Seit 2004 kann die Qualifikation ersatzweise auch über ein abgeschlossenes Studium mit entsprechendem Studienschwerpunkt oder über eine

Gesellenprüfung in dem zu betreibenden zulassungspflichtigen Handwerk, in Verbindung mit einer ausreichenden Berufserfahrung in leitender Position, nachgewiesen werden. Da viele Handwerksbetriebe familiengeführt sind und nur wenige Mitarbeiter beschäftigen, hat der Gesetzgeber besondere Übergangsregelungen im Erbfall vorgesehen. So darf der Erbe bzw. Nachlassverwalter den Betrieb nach dem Tod des Inhabers auch beim Fehlen der erforderlichen Qualifikation fortführen. Er muss sich aber umgehend um einen entsprechend qualifizierten Betriebsleiter bemühen. In der Regel gilt eine Übergangsfrist von bis zu einem Jahr. Auch wenn von Seiten der EU-Kommission der Meisterzwang vor dem Hintergrund der EU-Freizügigkeit kritisch gesehen wird und der deutsche Gesetzgeber sein Vorgehen daher genau begründen muss, ist in absehbarer Zeit keine wesentliche Änderung zu erwarten. Vielmehr setzten sich einzelne Politiker aus der Großen Koalition derzeit dafür ein, die Meisterpflicht in einigen zulassungsfreien Gewerken wieder einzuführen.

Grundlegend für die Errichtung von baulichen Anlagen und Bauprodukten ist die Bauordnung. Da die Kompetenz für das Bauordnungsrecht bei den Bundesländern liegt, existieren verschiedene Landesbauordnungen. In Nordrhein-Westfalen gilt die Landesbauordnung NRW (BauO NRW). Durch die BauO NRW sollen einerseits verschiedene Sicherheits- und Qualitätsstandards gewährleistet werden. Zu diesem Zweck enthält sie für jedes

Bauvorhaben Anforderungen, welche sich auf das Grundstück und seine Bebauung beziehen. So werden beispielsweise bestimmte Anforderungen an Zugänge zu Grundstücken oder an den Brandschutz geregelt. Des Weiteren enthält die BauO NRW formale Regelungen zum Baugenehmigungsverfahren, den Pflichten der Bauaufsichtsbehörden und dem Verwaltungsverfahren. Um die verschiedenen Landesbauordnungen zu vereinheitlichen, hat die Bauministerkonferenz (ARGEBAU) die Musterbauordnung (MBO) als Standard-/Mindestbauordnung erarbeitet. Inhaltlich entspricht die BauO NRW im Wesentlichen der Musterbauordnung der Bundesrepublik, enthält im Detail aber Abweichungen. Das Baurechtsmodernisierungsgesetz NRW 2018 (BauO NRW 2018) zielt auf eine weitere Harmonisierung der BauO NRW an die MBO ab und umfasst eine Vielzahl von Änderungen. Zu den wesentlichen Änderungen zählen beispielsweise die Entzerrung bürokratischer Vorgänge, die Prävention von ineffizienten Baukostensteigerungen und insbesondere die Barrierefreiheit.²⁵ Das Gesetz tritt zum 1. Januar 2019 in Kraft.

Für die energetischen Anforderungen an Gebäude gelten derzeit mehrere Regelwerke: Das Energieeinsparungsgesetz (EnEG) mit der Energieeinsparverordnung (EnEV) und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG). Im Zuge der nationalen Umsetzung der EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden 2010/31/EU sollen diese durch

das Gebäudeenergiegesetz (GEG) als Gesamtregelwerk ersetzt werden. Die Neufassung der EU-Richtlinie sieht die Einführung eines „Niedrigstenergiegebäudes“ für alle Neubauten ab 2021 (bzw. ab 2019 für Nichtwohngebäude der öffentlichen Hand) vor. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode wurde ein erster Referentenentwurf für das Gebäudeenergiegesetz ausgearbeitet. Dieser Entwurf wurde vom damaligen Koalitionsausschuss jedoch abgelehnt, da es zwischen den Regierungsparteien unter anderem keine Einigung hinsichtlich der genauen Anforderungen an ein „Niedrigstenergiegebäude“ gab. Im aktuellen Koalitionsvertrag ist deshalb vorgesehen die energetischen Anforderungen der ENEC 2016 fortzuschreiben und von den ursprünglich geplanten Verschärfungen abzuweichen. Der erste Referentenentwurf enthielt auch die Einführung eines Erfüllungsnachweises für die durchgeführten Arbeiten. Dieses Vorhaben wird insbesondere vom Zentralverband des Deutschen Baugewerbes als kritisch angesehen. Ziel der Bundesregierung ist es, ein entsprechendes Gesetz im kommenden Jahr zu verabschieden. Eine Beratung im Kabinett ist bisher aber weder erfolgt noch terminiert.

Die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) ist ein nichtgesetzliches Regelwerk für die Vergabe- und Vertragsbedingungen bei Bauaufträgen. Sie wird vom Deutschen Vergabe- und Vertragsausschuss für Bauleistungen (DVA) erstellt und laufend angepasst. Die VOB ist in drei

²⁵ Landesbauordnung, Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen, <https://www.mhkgb.nrw/Bau/bauaufsicht/Landesbauordnung/index.php>.

Teile untergliedert. In Teil A werden Vergabebestimmungen definiert. Teil B enthält allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen. Die technischen Vertragsbedingungen werden in Teil C beschrieben. Obwohl es sich bei der VOB um kein formales Gesetz handelt, sind nach der Vergabeverordnung öffentliche Bauaufträge nach der VOB/A auszuschreiben und nach VOB/B und VOB/C abzuschließen. Diese Praxis steht aktuell jedoch auf dem Prüfstand, da die verschiedenen Vergaberegeln für Liefer-, Dienst- und Bauleistungen weiter vereinheitlicht werden sollen.²⁶ Auch Bauaufträge von Privatpersonen und insbesondere von Gewerbekunden wurden bisher in vielen Fällen nach der VOB ausgeschrieben und vertraglich geregelt, da das Werkvertragsrecht im BGB bisher die Besonderheiten im Baurecht nur bedingt berücksichtigt hat. Die VOB/B ist in diesem Kontext mit den Allgemeinen Geschäftsbedingungen gleichzusetzen. Um die bestehenden Lücken im Werkvertragsrecht zu schließen hat der Gesetzgeber das Gesetz zur Reform des Bauvertragsrechts und zur Änderung der kaufrechtlichen Mängelhaftung erlassen. Es ist zum 1. Januar 2018 in Kraft getreten. Es ergänzt den einfachen Werkvertrag um zwei Unterfälle. Der Unterfall Bauverträge umfasst dabei „die Herstellung, die Wiederherstellung, die Beseitigung oder den Umbau eines Bauwerks, einer Außenanlage oder eines Teils davon“ (§ 650a Abs. 1 S. 1 BGB n.F.) und „die Instandhaltung eines Bauwerks [...], wenn das Werk für die Konstruktion,

den Bestand oder den bestimmungsgemäßen Gebrauch von wesentlicher Bedeutung ist“ (§ 650a Abs. 2 BGB n.F.). Führende Rechtswissenschaftler kritisieren den unbestimmten Begriff „von wesentlicher Bedeutung“, da nicht klar werde welche Baumaßnahmen darunterfallen und somit eine Abgrenzung zum einfachen Werkvertrag nicht immer möglich sei. Die bestehende Rechtsunsicherheit wird sich vermutlich erst durch Urteile zu entsprechenden Präzedenzfällen auflösen lassen. Es ist daher davon auszugehen, dass aktuell im Zweifel ein Bauvertrag anstelle eines einfachen Werkvertrags abgeschlossen wird. Bei dem Unterfall Verbraucherbauverträge handelt es sich um „Verträge, durch die der Unternehmer von einem Verbraucher zum Bau eines neuen Gebäudes oder zu erheblichen Umbaumaßnahmen an einem bestehenden Gebäude verpflichtet wird.“ Auch hier bleibt unklar, was unter „erheblichen Umbaumaßnahmen“ zu verstehen ist. Die Abgrenzung zwischen den beiden Unterfällen ist jedoch anhand der folgenden Merkmale möglich: Handelt es sich bei dem Auftraggeber um ein Unternehmen und somit nicht um einen Verbraucher, dann kann nur ein Bauvertrag oder bei nicht wesentlichen Maßnahmen ein allgemeiner Werkvertrag zur Anwendung kommen. Handelt es sich bei dem Auftraggeber um eine Privatperson, muss unterschieden werden, ob ein einzelnes Gewerk vergeben wird oder ein Generalunternehmer beauftragt wird. Letzteres erfordert den Abschluss eines Verbraucherbauvertrags. Durch die Re-

form des Bauvertragsrechts haben Bauherren nunmehr ein einseitiges Anordnungsrecht hinsichtlich Vertragsveränderungen (§ 650b BGB n.F.). Unternehmern wird ein Recht auf Zustandsfeststellung bei Verweigerung der Abnahme durch den Bauherren (§ 650g BGB n.F.) eingeräumt. Ein wirksamer Abschluss eines Verbraucherbauvertrags kann nur erfolgen, wenn dieser in Textform vorliegt (§ 126b BGB) und eine Baubeschreibung enthält (§ 650j BGB n.F.). Verbrauchern wird ein Widerrufsrecht eingeräumt (§ 650l BGB n.F.). Eine Widerrufsbelehrung ist deshalb zwingend erforderlich. Ferner wird die Höhe der Abschlagszahlungen nunmehr begrenzt.

Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn findet im Bauhauptgewerbe keine Anwendung. Der branchenspezifische Mindestlohn wird regelmäßig

zwischen der Industriegewerkschaft Bau-Agrar-Umwelt (IG Bau) und den beiden Arbeitgeberverbänden, dem Zentralverband des Deutschen Bauergewerbes (ZDB) und dem Hauptverband der Bauindustrie (HDB) ausgehandelt. Durch den Erlass der Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gilt der Tarifabschluss auch für alle nicht tarifgebundenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im tariflichen Geltungsbereich. Der aktuelle Mindestlohn für Werker liegt im gesamten Bundesgebiet bei 11,75€ und liegt damit deutlich über dem allgemeinen Mindestlohn in Höhe von 8,84€. Im März 2019 steigt der Mindestlohn um 3,8% auf 12,20€. Für Fachwerker gilt in den alten (neuen) Bundesländern derzeit ein Mindestlohn von 14,95€ (14,80€). Dieser steigt zum März 2019 um 1,7% auf 15,20€ (15,05€).

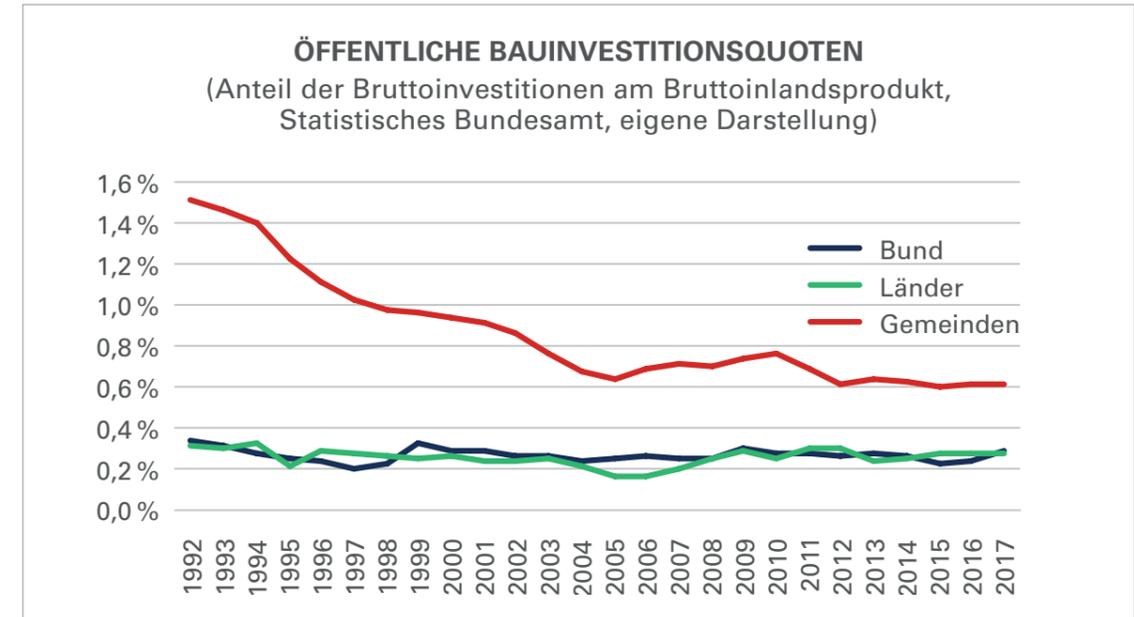
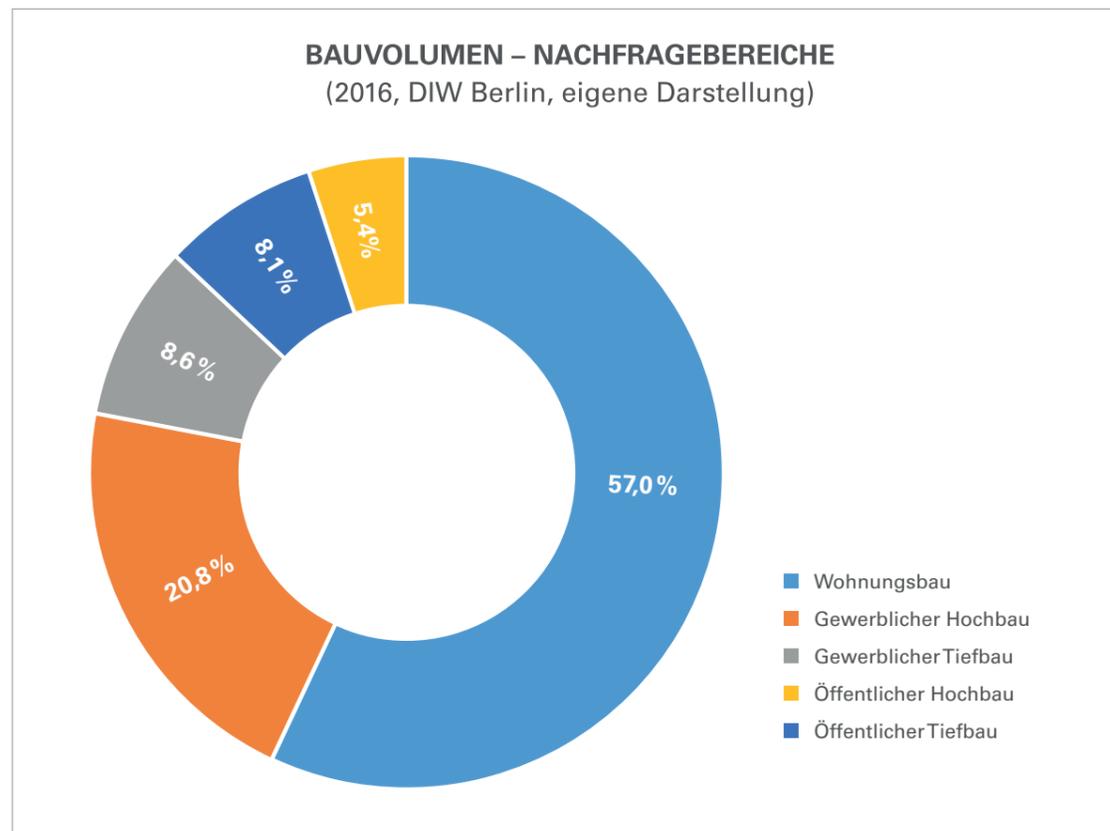
²⁶ Koalitionsvertrag in der Fassung vom 7. Februar 2018

ÖKONOMISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die wirtschaftliche Entwicklung im Bauhauptgewerbe hängt maßgeblich von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ab. Veränderungen des Bruttoinlandsprodukts führen häufig mit einem leichten zeitlichen Versatz zu Veränderungen der wirtschaftlichen Lage des Bauhauptgewerbes. Einen Großteil der erwirtschafteten Umsätze entfallen auf private und gewerbliche Auftraggeber. Insbesondere der Anteil des öffentlichen Hochbaus ist im Vergleich zum Wohnungs- und Wirtschaftshochbau eher gering. Im Tiefbau halten sich gewerbliche und öffentliche Auftraggeber hingegen die Waage.

Der Anteil der öffentlichen Bauinvestitionen am Gesamtvolumen schwankt über die Zeit erheblich und hängt von den politischen Zielen der jeweiligen Bundes- und Landesregierungen ab. Auf kommunaler Ebene ist die Höhe der öffentlichen Investitionen häufig auch von der Verschuldung der Gemeinden abhängig. Neben den direkten öffentlichen Bauinvestitionsprogrammen gehen erhebliche Effekte auch von der Steuer- und Subventionspolitik aus.

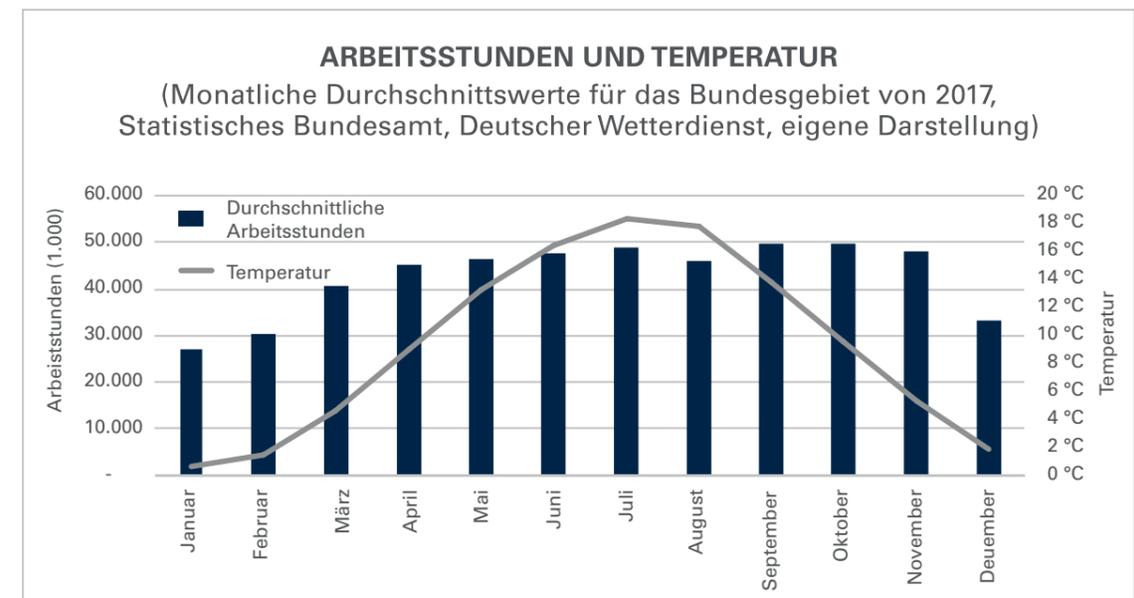
Im Jahresverlauf kann die Bauleistung einzelner Gewerke aufgrund ihrer Abhängigkeit von den Witterungs-

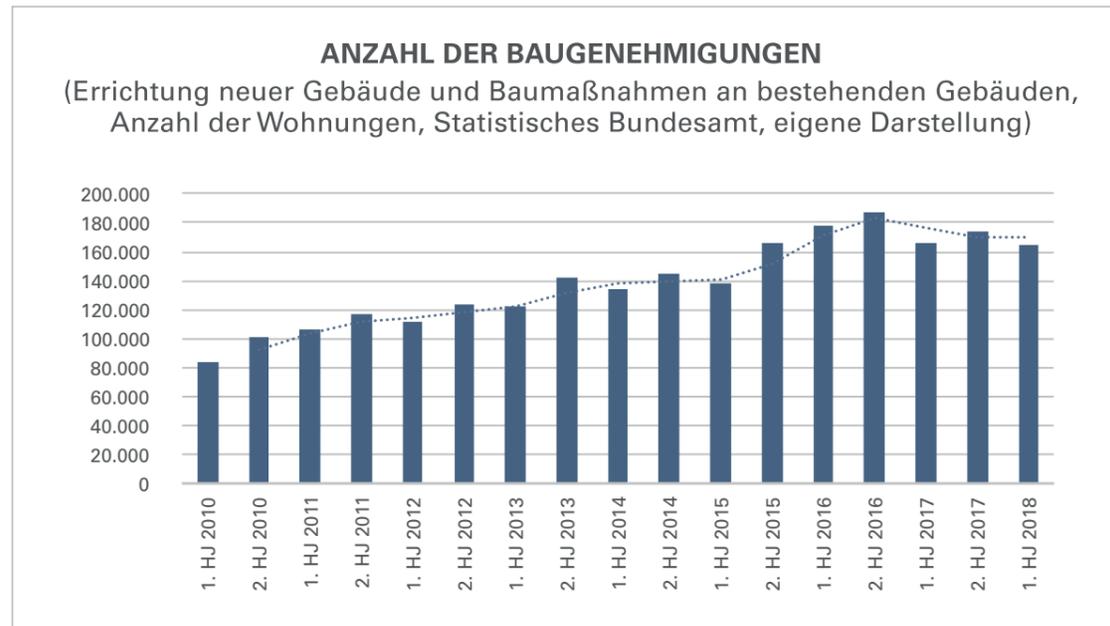


bedingungen erheblich schwanken. Gerade zu Jahresbeginn können bei niedrigen Temperaturen viele Arbeiten (z.B. Beton- und Estricharbeiten) nicht ausgeführt werden.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen schienen zu Beginn des Jah-

res (wie schon in 2017) für das Bauhauptgewerbe eher günstig zu sein. Im September haben die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Prognosen für das Wirtschaftswachstum jedoch durchweg nach unten korrigiert. Die Baukosten sind laut dem Statistischen Bundesamt





zudem kräftig gestiegen. Im August 2018 lagen die Preise für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude 4,6 % über dem Niveau des Vorjahresmonats. Im Vergleich zum Mai 2018 stiegen die Baukosten um 1,3 %.²⁷ Der Anstieg der Baupreise liegt damit deutlich über der Inflationsrate. Investitionen in Neubauten werden dadurch weniger attraktiv, sind aber aufgrund des niedrigen Zinsniveaus immer noch profitabel.

Die Anzahl der Baugenehmigungen war im ersten Halbjahr 2018 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum leicht rückläufig. Insbesondere die Anzahl der Genehmigungen von Ein- und Zweifamilienhäusern hat deutlich abgenommen. Der immer noch hohe Bedarf an bezahlbarem Wohnraum – vor allem in Ballungszentren – hat hingegen zu einem Anstieg der Genehmigungen von Mehrfamilienhäusern geführt. Diese

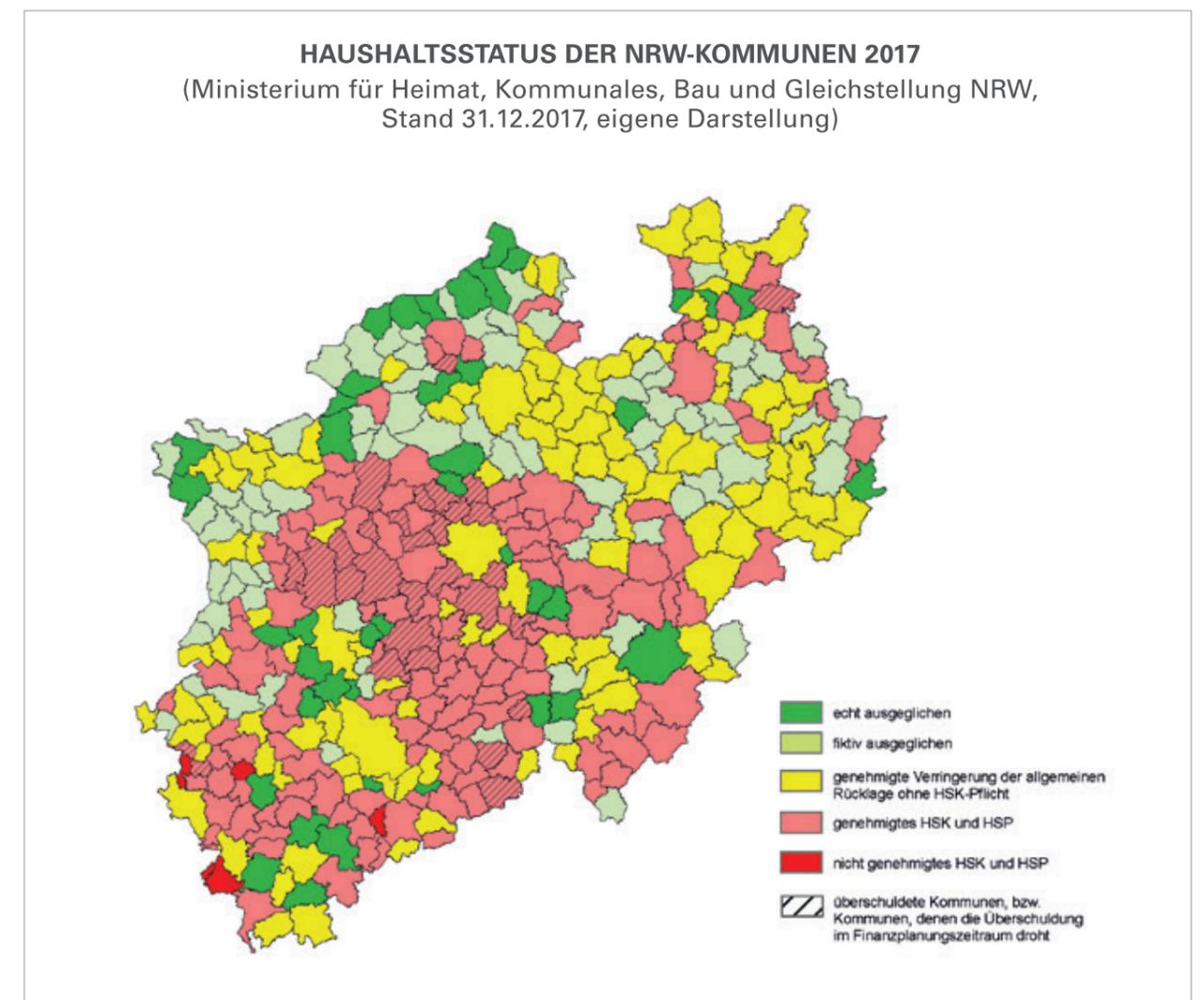
Tatsache und der Umstand, dass zahlreiche genehmigte Bauvorhaben aus 2016 und 2017 zwar vergeben, aber noch nicht fertiggestellt sind, deuten auf ein positives Wachstum im Hochbau in 2018 hin. Dennoch dürfte das Wachstum geringer als in den beiden vergangenen Jahren ausfallen. Ohne weitere positive Impulse wird das Wachstum in 2019 und 2020 weiter abnehmen.

Die Investitionsbereitschaft deutscher Unternehmen hat in 2017 deutlich zugenommen. Hiervon konnte der Wirtschaftsbau unmittelbar profitieren. Trotz internationaler Handelsbarrieren, Brexit-, Türkei- und der drohenden Italien-Krise ist die Investitionsbereitschaft unvermindert hoch. Ein konjunktureller Einbruch würde aber unmittelbar zu einem deutlichen Rückgang im Wirtschaftsbau führen.

Im öffentlichen Bau sind seit 2015 steigende Verkehrswegeinvestitionen des Bundes zu verzeichnen. Dies ist vor allem auf den Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP) zurückzuführen, der mit einem geplanten Investitionsvolumen von 264,5 Mrd. € um 91 Mrd. € größer als der vorangegangene Bundesverkehrswegeplan 2003 ausfällt.²⁸

Dies hat zu einer Verbesserung der Auftragslage im Straßenbau geführt.

Von Seiten der Branchenverbände wird jedoch kritisiert, dass die Investitionen der Kommunen in öffentliche Hochbauten und in die Verkehrsinfrastruktur zu gering seien. Bedingt durch die angespannte Haushaltslage vieler Kommunen ist ihr Spielraum für zusätzliche Ausgaben jedoch begrenzt. Dies gilt auch für die Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid, die sich allesamt aufgrund ihrer hohen Verschuldung in der Haushaltsicherung befinden.



²⁷ Baupreisindizes inklusive Umsatzsteuer, Statistisches Bundesamt.

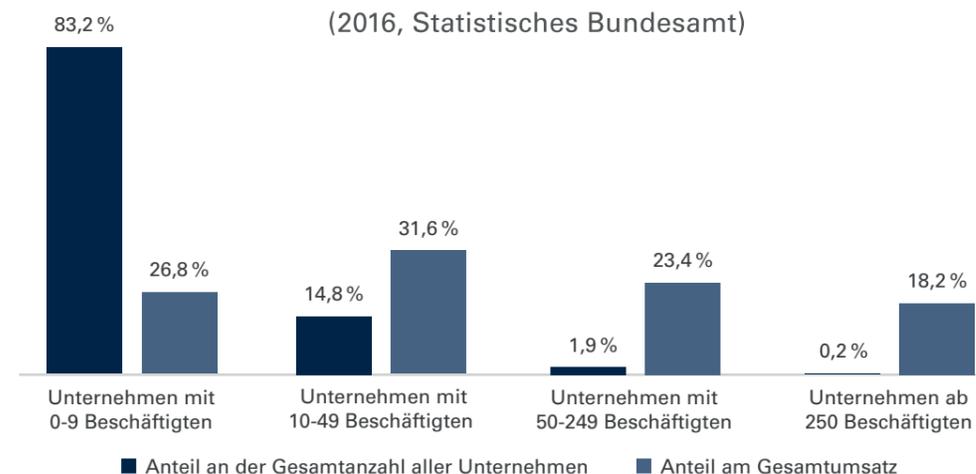
²⁸ Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur: Bundesverkehrswegeplan 2030 – modernisieren, vernetzen, beschleunigen. Pressemitteilung Nummer 035/2016. Online auf www.bmvi.de, abgerufen am 16. März 2016.

BRANCHENSTRUKTUR

Das deutsche Bauhauptgewerbe ist stark von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt. 2016 wurden 99.323 Unternehmen erfasst, die dem Bauhauptgewerbe zugerechnet werden. 83,2 % dieser Unternehmen beschäftigen bis zu 9 sozialversicherungspflichtige Mitarbeiter. Weitere 14,8 % beschäftigen 10 bis 49 Mitarbeiter. Demnach haben knapp 98 %

der Unternehmen des Bauhauptgewerbes in Deutschland weniger als 50 Mitarbeiter. Der Anteil der Unternehmen mit 50 bis 249 Mitarbeitern beträgt rund 1,8 %. Rechnerisch entfallen somit lediglich 0,2 % auf Unternehmen, die mehr als 250 Mitarbeiter beschäftigen.²⁹ 99,8 % der Unternehmen sind als kleine und mittlere Unternehmen einzustufen.

VERTEILUNG DER UNTERNEHMENSANZAHL UND UMSÄTZE NACH BESCHÄFTIGUNGSGRÖSSENKLASSEN
(2016, Statistisches Bundesamt)



Beschäftigungssituation

Zum 31. Dezember 2016 waren in Deutschland 709.513 Personen im Bauhauptgewerbe sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Davon entfielen 98.752 Arbeitsplätze (13,9 %) auf 163 Großunternehmen (mit mehr als 249 Beschäftigten), 450.319 Arbeitsplätze (63,5 %) auf 16.530 kleine und mittelständische Betriebe (mit 10 bis 249 Beschäftigten) und 160.442 Arbeitsplätze (22,6 %) auf 82.630 Kleinunternehmen (mit weniger als 10 Beschäftigten). Über den Zeitraum von 2009 bis 2017 ist

ein positiver Beschäftigungstrend erkennbar. Das Bauhauptgewerbe wuchs gemessen an der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 15 %.³⁰ Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren zum Jahresende 2017 19,4 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten älter als 55 Jahre. Allein um den aktuellen Beschäftigungsstand aufrecht zu erhalten müssen somit rund ein Fünftel der aktuell vergebenen Stellen in den kommenden 10 Jahren nachbesetzt werden.

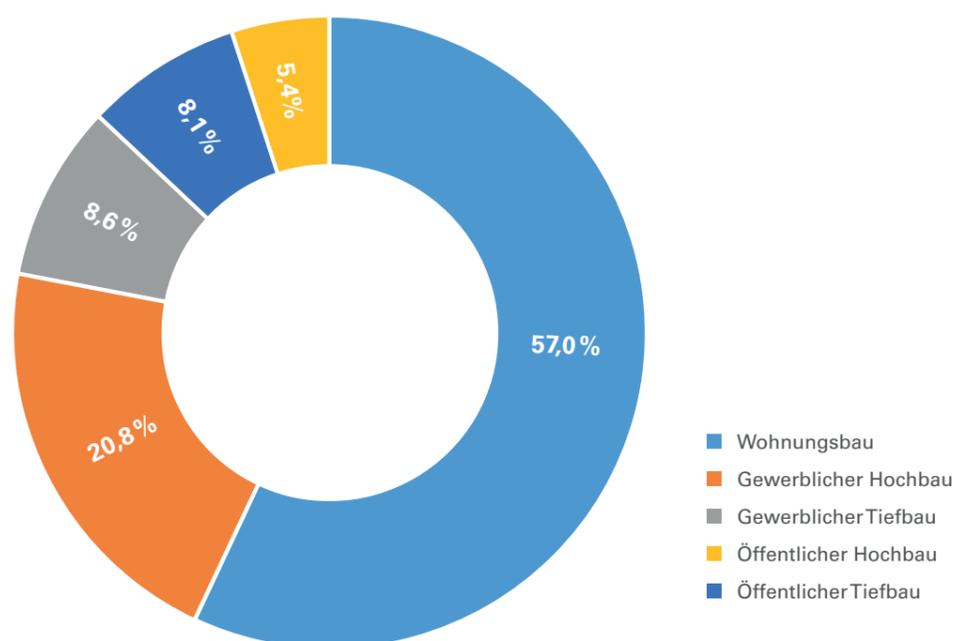
²⁹ u. ³⁰ Statistisches Unternehmensregister: Unternehmen nach Wirtschaftsklassen und Größenklassen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2016, Registerstand: 30.09.2017.

Abnehmer /Hersteller

Zu den wichtigsten Lieferanten des Bauhauptgewerbes zählen Baustoffzulieferer und Zulieferer von Baumaschinen und Werkzeugen. Die Marktmacht der Lieferanten ist derzeit hoch. Durch die gestiegenen Bauaktivitäten hat sich auch die Nachfrage nach Baustoffen deutlich erhöht. Dies hat zu Preissteigerungen (z. B. für Bitumen, Mörtel und Betonstahl) und erheblich längeren Lieferzeiten geführt. Wer momentan Baumaterialien im erforderlichen Umfang umgehend liefern kann, ist gegenüber den Bauunternehmen in einer guten Verhandlungsposition.

Abnehmer von Bauleistungen sind Privatpersonen, Unternehmen und die öffentliche Hand. Aufgrund der aktuell guten Auftragslage und der Tatsache, dass viele Unternehmen des Bauhauptgewerbes derzeit an ihrer Kapazitätsgrenze arbeiten, sind diese in einer guten Verhandlungsposition gegenüber potenziellen Auftraggebern. Da Bauleistungen in der Regel ausgeschrieben und häufig alleine auf Basis des Angebotspreises vergeben werden, verfügen die Anbieter dennoch über eine gewisse Marktmacht.

BAUVOLUMEN – NACHFRAGEBEREICHE
(2016, DIW Berlin, eigene Darstellung)

**DEUTSCHLAND: TOP 10 UNTERNEHMEN NACH UMSATZ**

(2018, Bisnode Firmendatenbank, eigene Darstellung)

RANG	UNTERNEHMEN	ORT	BESCHÄFTIGTE	UMSATZ IN MIO. €
1	Hochtief AG	Frankfurt a. M.	53.890	22.631,0
2	Strabag AG*	Köln	11.637	2.199,4
3	Goldbeck GmbH	Bielefeld	4.711	2.424,5
4	Bauer AG	Schrobenhausen	10.913	1.667,9
5	Max Bögl Stiftung & Co. KG	Sengenthal	3.820	1.534,5
6	Leonhard Weiss GmbH & Co. KG	Göppingen	4.525	1.006,8
7	Köster Holding AG	Osnabrück	1.600	781,6
8	BAM Deutschland AG	Stuttgart	900	538,2
9	WOLFF & MÜLLER Holding GmbH & Co. KG	Stuttgart	1.787	518,9
10	Markgraf GmbH & Co KG Bauunternehmung	Bayreuth	922	472,1

* Die Ed. Züblin AG ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Strabag AG.

Wettbewerb

Die Wettbewerbsintensität im Bauhauptgewerbe ist aufgrund des hohen Anteils von kleinen und mittleren Unternehmen als hoch einzustufen. Große Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern machen lediglich 0,2 % aller Unternehmen aus und erwirtschaften auch nur 18,2 % des Gesamtumsatzes des Bauhauptgewerbes.³¹

Die aktuell sehr gute Auftragslage im Bauhauptgewerbe und die beständig hohe Nachfrage nach Bauleistungen führen momentan tendenziell zu einer Reduktion des Wettbewerbs. Die fortschreitende Digitalisierung der Bauindustrie hat in den kommenden Jahren allerdings eine verstärkende Wirkung auf die Wettbewerbsintensi-

tät. Unternehmen, welche sich jetzt mit dem Potenzial der Digitalisierung auseinandersetzen und dieses für sich nutzen, werden zunehmend Wettbewerbsvorteile gegenüber ihren Konkurrenten haben. Insbesondere kleine Betriebe ohne entsprechendes Fachwissen werden aufgrund ihrer geringen Personalkapazitäten Probleme bei der Implementierung von digitalen Technologien bekommen und künftig im Wettbewerb benachteiligt sein. Die Digitalisierung erlaubt es zudem Auftraggebern durch die Nutzung von elektronischen Ausschreibungsplattformen den Bieterkreis mit geringem Aufwand zu vergrößern und so aus einer größeren Anzahl von Angeboten auszuwählen.

³¹ Statistisches Unternehmensregister: Unternehmen nach Wirtschaftsklassen und Größenklassen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2016, Registerstand: 30.09.2017.

Neben diesen allgemeingültigen Einflussfaktoren hängt die Wettbewerbsintensität auch vom Standort der Unternehmen ab. So kann sie regional sehr unterschiedlich ausgeprägt sein. In grenznahen Gebieten Ostdeutschlands hat das deutsche Bauhauptgewerbe beispielsweise stärkere Konkurrenz durch Mitbewerber aus Osteuropa. Aufgrund der günstigen Kostenstrukturen können diese bei transportablen und technisch weniger anspruchsvollen Bauprodukten auf kostengünstigere Lösungen zurückgreifen. Grundsätz-

lich sind die Baumärkte besonders in den Teilbereichen fragmentiert, die schwere oder spezielle Baumaschinen erfordern, da längere Anfahrts- und Transportwege bei den Unternehmen höhere Kosten verursachen.

Im Bergischen Städtedreieck ist das Bauhauptgewerbe vor allem durch kleine Unternehmen und Kleinstunternehmen geprägt. Die Anzahl der Unternehmen hat sich seit 2012 kaum verändert. Wie auch auf nationaler Ebene hat die Unternehmenskonzentration nicht zugenommen.

Neben regionalen Unterschieden in der Wettbewerbsintensität gibt es auch Unterschiede in den einzelnen Sparten des Bauhauptgewerbes. Der klassische Hochbau konkurriert zunehmend mit Anbietern von Bau-

ten in Fertigbauweise. Vor allem im gewerblichen Hochbau bevorzugen Kunden den Einsatz von Betonfertigteilen, da dies die Bauzeit erheblich verkürzt und die Kosten reduziert.

Substitutionsgüter

Die Bedrohung durch Substitutions- bzw. Ersatzprodukte ist im Bauhauptgewerbe eher gering. Die Möglichkeit der Substitution im Hochbau beschränkt sich im Wesentlichen auf Baumethoden und Baustoffe, jedoch ist die Austauschbarkeit durch die planerischen Vorgaben meist beschränkt. Zudem verfügen die meisten Bauunternehmen über das nötige

Fachwissen, die verschiedenen Baustoffe fachgerecht zu verarbeiten. Im Tiefbau können die erforderlichen Gründungsmaßnahmen mit verschiedenen Methoden ausgeführt werden. Auch hier ist jedoch davon auszugehen, dass die meisten Tiefbauer das entsprechende Know-how besitzen und auf die verschiedenen Methoden zurückgreifen können.

Markteintrittsbarrieren

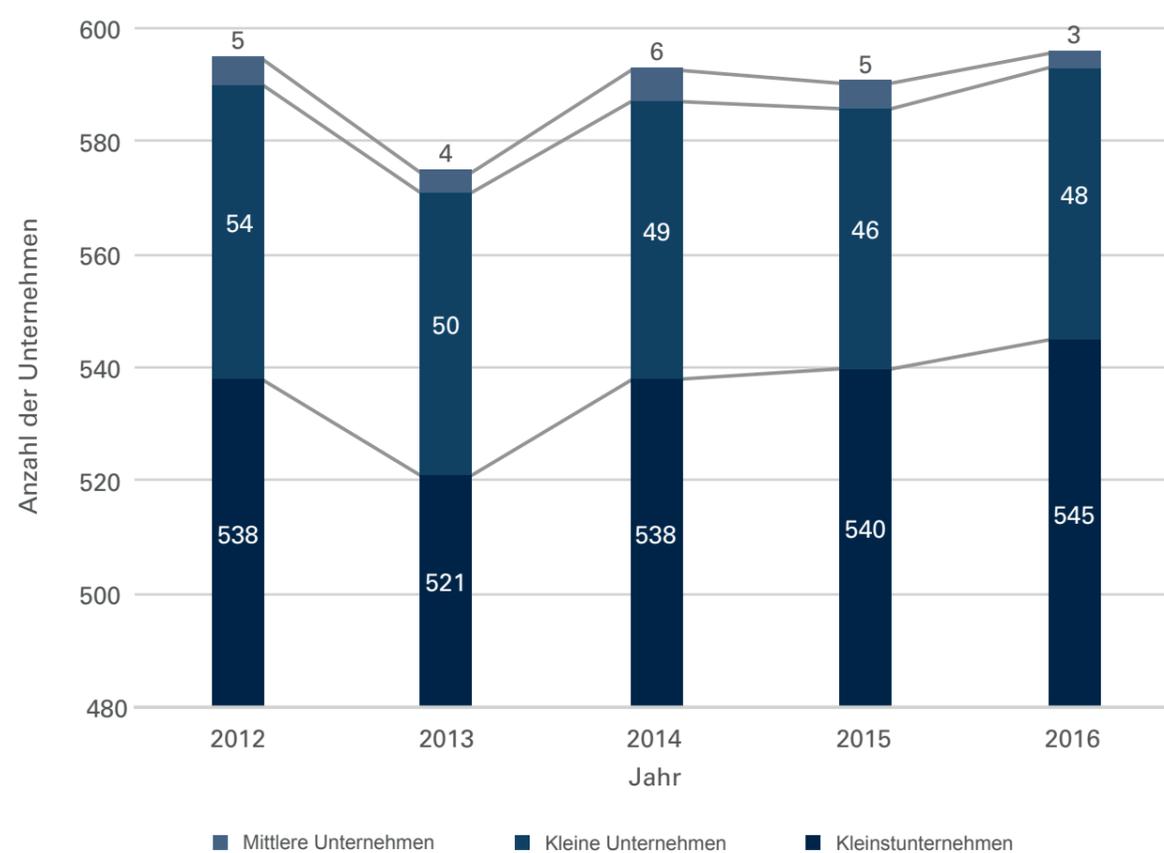
Die vorherrschenden Markteintrittsbarrieren im Bauhauptgewerbe sind für neue Marktteilnehmer als sehr hoch einzustufen. Viele handwerkliche Tätigkeiten des Bauhauptgewerbes (z. B. Mauern, Betongießen, Dachdecken, Straßenasphaltieren) zählen gemäß der Handwerksordnung zum zulassungspflichtigen Handwerk. Sie dürfen nur in einem Betrieb ausgeführt werden, welcher durch einen Eintrag in der Handwerksrolle den Nachweis erbringt fachmännisch zu arbeiten. Dies stellt eine hohe formale Markteintrittsbarriere dar, denn ohne entsprechende

Qualifikation – d.h. einem Meisterbrief oder einem abgeschlossenen Studium mit entsprechendem Schwerpunkt – des Inhabers oder Betriebsleiters, ist eine Ausübung des Gewerbes per Gesetz untersagt.

Auch der Bedarf an Fachpersonal ist im Vergleich zu anderen Branchen überdurchschnittlich hoch. Im Wettbewerb um die ohnehin knappen Fachkräfte müssen neu gegründete Unternehmen mit den etablierten Unternehmen des Bauhauptgewerbes konkurrieren.

KMU VERTEILUNG IM BERGISCHEN STÄDTEDECK

(Statistisches Landesamt, eigene Darstellung)

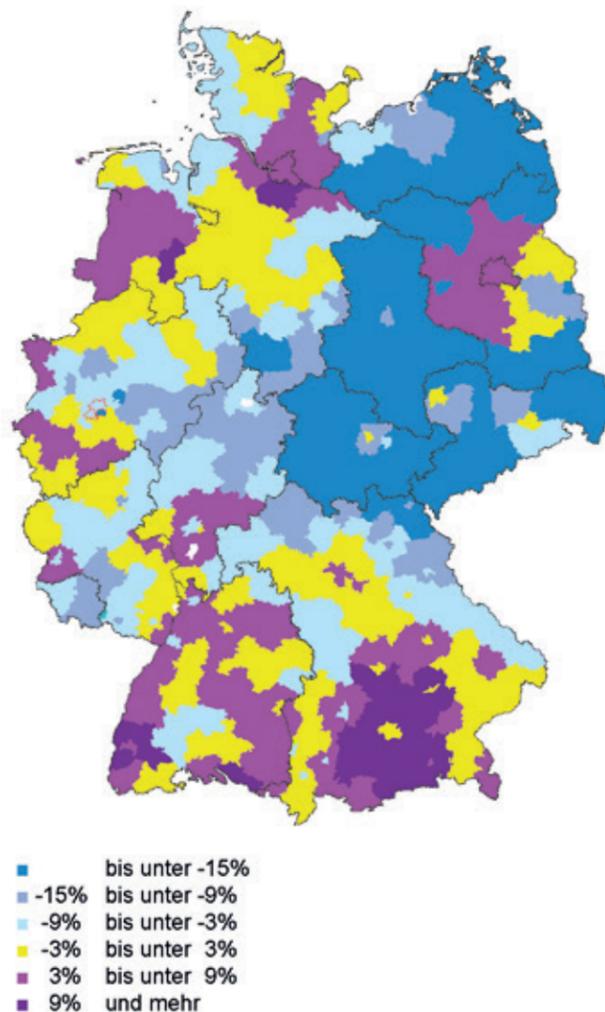


TRENDS UND PERSPEKTIVEN

Der demographische Wandel und die Urbanisierung eröffnen der Baubranche neue Perspektiven, stellen sie aber gleichzeitig vor neue Herausforderungen. Nach der Raumordnungsprognose 2035 des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung

(BBSR) wird die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik bis zum Jahr 2035 auf rund 78 Millionen Menschen schrumpfen. Die Bevölkerungsdynamik verläuft in den einzelnen Regionen jedoch sehr unterschiedlich.

VERÄNDERUNG DER BEVÖLKERUNGSZAHL 2012 BIS 2035 IN PROZENT
(Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, eigene Darstellung)



Während für den Osten Deutschlands und ländlich geprägte Regionen eine Abnahme der Einwohnerzahl prognostiziert wird, gehen aktuelle Schätzungen von einem Bevölkerungszuwachs in deutschen Großstädten und angrenzenden Mittelstädten aus. Aufgrund der dort ausgeprägten Wohnungsknappheit ergibt sich ein gesteigerter Bedarf im Geschosswohnungsbau. Neben der bloßen Verfügbarkeit von zusätzlichem Wohnraum ist aber auch die Bezahlbarkeit ein wichtiges Kriterium, weshalb man auf das Konzept des seriellen Bauens setzt. In vielen Metropolen und angrenzenden Mittelstädten gibt es allerdings kaum noch freie Bauflächen. Deshalb gewinnt dort das Bauen im Bestand besonders an Bedeutung.

Mit dem demographischen Wandel geht ein steigender Anteil älterer Menschen einher. Hieraus ergibt sich ein hoher Bedarf an barrierefreiem Wohnraum. Bisher gibt es keine offizielle Statistik zum Bestand von barrierefreien Wohnungen. Expertenschätzungen gehen jedoch davon aus, dass bisher nur 1 bis 2 % des gesamten Wohnungsbestands altersgerecht ausgebaut ist.³² Mit der Aufnahme des barrierefreien Bauens in die Landesbauordnungen ist dieses Kriterium für den Bau von Mehrfamilienhäusern nunmehr keine Wahlentscheidung des Bauherrn, sondern eine verpflichtende gesetzliche Anforderung geworden.

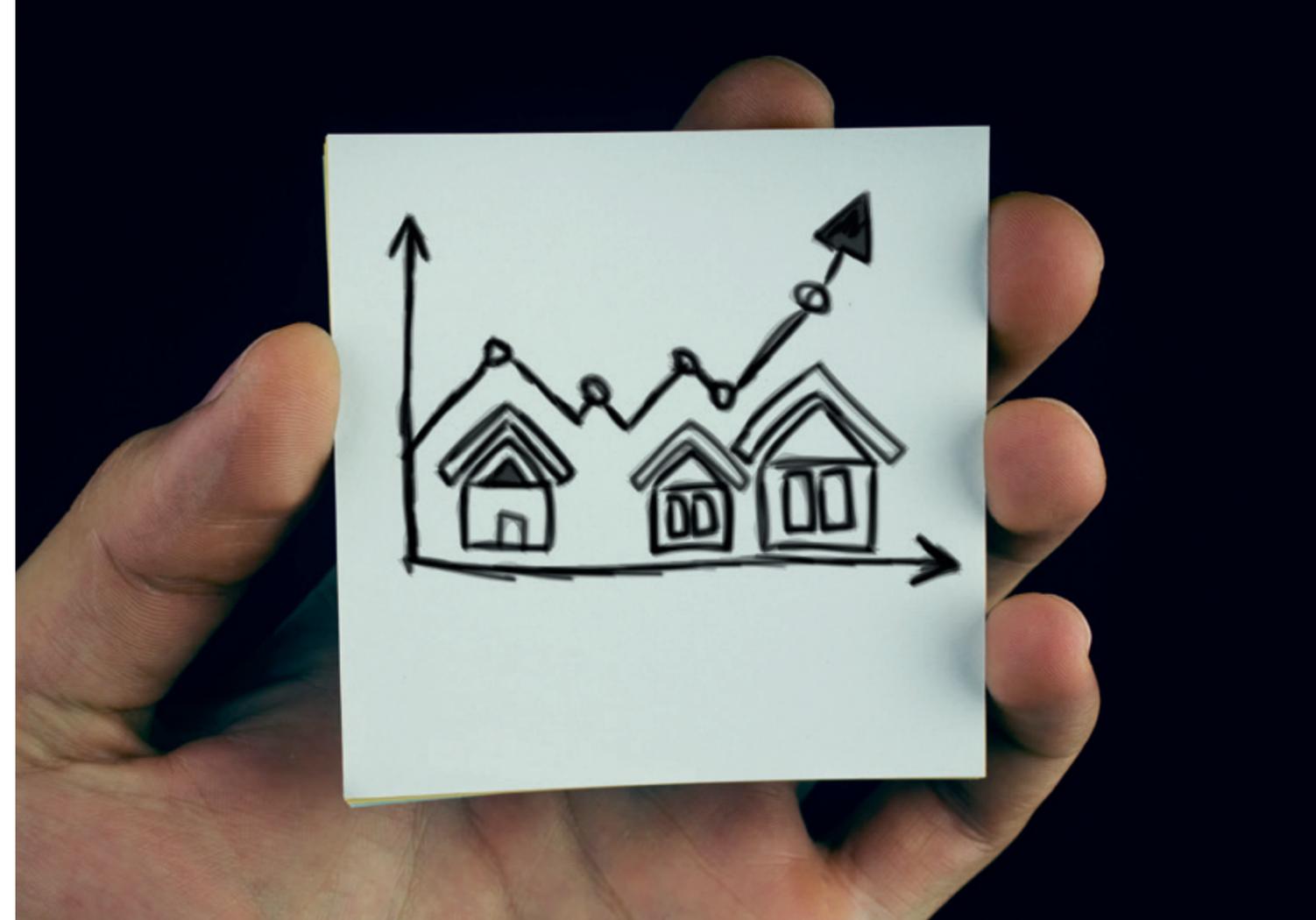
Zur Einhaltung der Klimaschutzziele und Senkung der Energiekosten hat die Bundesregierung strenge gesetzliche Vorgaben erlassen. Gleichzeitig hat sie aber auch mehrere Förderprogramme für den Bau von energieeffizienten Gebäuden und das energetische Sanieren von Bestandsgebäuden eingerichtet. Auch von Seiten der Verbraucher ist die Nachfrage nach energieeffizienten und nachhaltigen Bauweisen gestiegen. In diesem Kontext bietet die intelligente Vernetzung der Gebäudetechnik durch Smart Home bzw. Smart Building Anlagen ein neues Geschäftsfeld, das weitere Energieeinsparpotenziale ermöglicht und den Wohnkomfort erhöhen kann.

Neben dem Einsatz von Smart Home Technologien hält die Digitalisierung im Bauhauptgewerbe vor allem in der Kommunikation und Optimierung bestehender Unternehmensabläufe Einzug. Ein zentraler Baustein ist hierbei das Building Information Modelling (BIM). Durch die vollständig digitale Modellierung eines Bauwerks mittels BIM können alle Projektbeteiligten über den gesamten Planungs- und Ausführungsprozess auf die gleichen Informationen zugreifen. BIM hat das Potenzial Material- und Personalkosten zu senken und durch bessere und genauere Planung die Bauzeit zu verkürzen. Insbesondere bei Aufträgen der öffentlichen Hand ist eine Tendenz zu erkennen, dass die

BIM-Fähigkeit des Auftragnehmers zunehmend zu einem obligatorischen Vergabekriterium wird.³³ Da bei öffentlichen Ausschreibungen die Bauplanung und Ausführung bisher separat ausgeschrieben werden, eine Ausnutzung der Vorteile von BIM jedoch die frühzeitige Einbindung aller Projektbeteiligten erfordert, sind seine Potenziale noch nicht vollständig realisierbar. Hier ist ein Umdenken hinsichtlich des Vergabeverfahrens zwingend erforderlich.

Die vollständige digitale Modellierung eines Bauwerks mittels BIM vereinfacht nicht nur die Bearbeitung und Verteilung von Planungsunterlagen, sondern erlaubt auch den Einsatz neuer Technologien aus dem Bereich der Robotik und der additiven Fertigung. In diesen Bereichen existieren bereits verschiedene funktionsfähige Prototypen, die kurz vor der Markteinführung stehen. Das neusee-

ländische Unternehmen Fastbrick Robotics hat beispielsweise einen LKW mit Roboterarm entwickelt, der autonom Steine schneiden, kleben und setzen kann. Nach Angaben des Unternehmens sollen sich Rohbauten durch den Einsatz des Roboters in der Hälfte der üblichen Zeit mit minimalstem personellem Aufwand realisieren lassen. Vor allem große Unternehmen wie der Baugerätehersteller Caterpillar oder der Baustoffhersteller Wienerberger investieren in diesen Trend und schließen strategische Partnerschaften. Einen anderen Ansatz verfolgt die chinesische Firma WinSun3D. Aus recycelten Bauabfällen werden Fertigbauteile und ganze Bauwerke mittels 3D-Druck hergestellt. Nach der Präsentation erster Musterhäuser hat die ägyptische Regierung einen Auftrag über den Bau von 20.000 eingeschossigen Einfamilienhäusern vergeben.³⁴



CHANCEN UND RISIKEN

Stärken

Eine wesentliche Stärke des Bauhauptgewerbes liegt in der Einzel- und Auftragsproduktion auf qualitativ hohem Niveau. Das serielle Bauen gewinnt zwar zunehmend an Bedeutung, dennoch werden zurzeit hauptsächlich individuelle Bauwerke realisiert. Im internationalen Vergleich verfügen die Beschäftigten im Bauhauptgewerbe in Deutschland aufgrund der hohen Ausbildungsstandards und der strengen rechtlichen Anforderungen an Fachbetriebe über

eine große Fachkompetenz. Diese spiegelt sich auch in der Qualität der fertiggestellten Bauwerke wider.

Viele Bauunternehmen sind kleine und mittelständische Familienunternehmen mit regionaler Bindung. Sie sind vor Ort gut vernetzt und pflegen den direkten Kundenkontakt. Gegenüber Anbietern aus anderen Regionen verfügen sie über eine gute Kenntnis des lokalen Baumarkts.

³³ Enquetekommission zur Zukunft von Handwerk und Mittelstand in Nordrhein-Westfalen, Abschlussbericht (veröffentlicht am 03.03.2017).

³⁴ The Guardian, 3D-printed cities: is this the future? (veröffentlicht am 09.02.2015).

Schwächen

Nach dem Ende des „Aufbau Osts“ folgte eine mehrjährige Rezession, die zu einem Abbau vorhandener Kapazitäten geführt hat. Daraus resultierend, haben sich viele Bauunternehmer, trotz der positiven Entwicklung in den letzten Jahren gescheut, ihre Anlageinvestitionen zu erhöhen. Gleichmaßen haben sie nur zögerlich zusätzlich Personal eingestellt, wobei hier die Möglichkeiten durch den bestehenden Fachkräfteengpass beschränkt sind. Aufgrund der aktuell hohen Nachfrage arbeiten viele Bauunternehmen daher an ihrer Kapazitätsgrenze und müssen lukrative

Chancen

Der mit dem demographischen Wandel verbundene Bedarf an barrierefreiem Wohnraum bietet für das gesamte Bauhauptgewerbe ein Segment, dass in den kommenden Jahren eine konstant hohe Nachfrage aufweisen wird.

Durch die Urbanisierung werden vor allem Unternehmer profitieren, deren Standorte in oder nah an großen Ballungszentren liegen. Bauunternehmen, die bisher im ländlichen Raum operieren, müssen hingegen von einer geringen Nachfrage ausgehen oder ihr Geschäftsgebiet auf die nächstgelegenen Großstädte ausweiten. Aufgrund der höheren Anfahrts-

Aufträge ablehnen. Auch wenn die Baukonjunktur mittelfristig an Dynamik verlieren wird, sollten alleine aufgrund der Altersstruktur der Belegschaft neue Personaleinstellungen vorgenommen werden. Jedoch mangelt es gerade in den klassischen Ausbildungsberufen an einer ausreichenden Anzahl geeigneter Bewerber. Trotz breitangelegter Imagekampagnen und verbesserter Ausbildungsangebote ist es dem Bauhauptgewerbe bisher kaum gelungen, jüngere Menschen für die Arbeit auf dem Bau zu begeistern.

und Transportkosten werden sie aber immer einen Wettbewerbsnachteil haben.

Von den großen Technologietrends werden vor allem große und mittlere Unternehmen profitieren. Durch den größeren Personalbestand und die Ausstattung mit entsprechenden finanziellen Mitteln, können sie sich das notwendige Know-how selbst aneignen oder durch Übernahmen und Partnerschaften einkaufen. Kleinen Unternehmen wird es hingegen schwerer fallen die notwendigen Kompetenzen zu erwerben, wodurch sie künftig einen Wettbewerbsnachteil haben werden.

Risiken

Verschiedene Befragungsstudien belegen, dass es vermehrt zu Fachkräfteengpässen im Baugewerbe kommt. Im Rahmen der DIHK-Konjunkturumfrage zum Jahresbeginn 2018 gaben 79 % der befragten Unternehmen aus dem Baugewerbe an, dass der anhaltende Fachkräftemangel aus ihrer Sicht das größte Geschäftsrisiko darstellt. Auch die Bundesagentur für Arbeit kommt in ihrer aktuellen Engpassanalyse zu dem Schluss, dass im Bauhauptgewerbe aktuell ein Fachkräftemangel herrscht.³⁵ Besonders im Tiefbau bleiben viele Stellen unbesetzt. Der anhaltende Fachkräfteengpass wird sich im Bauhauptgewerbe aufgrund des demografischen Wandels und der zunehmenden Akademisierung in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen. Viele erfahrene Fachkräfte aus den geburtenstarken Jahrgängen der 50er und 60er Jahre werden in den kommenden Jahren aus dem Berufsleben ausscheiden. Gleichzeitig mangelt es an Nachwuchs, da Schulabgänger vermehrt ein Studium gegenüber einer Ausbildung bevorzugen. Zudem schrecken die oftmals hohen körperlichen Anforderungen jüngere Menschen davor ab, die Bauwirtschaft als Karriereoption in Erwägung ziehen. Gleichzeitig klagen die ausbildenden Betriebe über ein sinkendes Bildungsniveau bei den verbleibenden Bewerbern. Insbesondere im mathematischen, technischen und naturwissenschaft-

lichen Bereich haben die Leistungen signifikant abgenommen. Sowohl die mit der fortschreitenden Automatisierung verbundenen Personaleinsparungen, als auch ein mögliches Einwanderungsgesetz für Fachkräfte, könnten diesen Trend nur abmildern, aber keinesfalls egalisieren. Die gute konjunkturelle Lage und das günstige Zinsniveau haben dazu geführt, dass bereits jetzt viele Unternehmen an ihrer Kapazitätsgrenze arbeiten und Aufträge ablehnen müssen. Dies hemmt mittel- bis langfristig die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Bauhauptgewerbes. Auch ist aufgrund des zunehmenden Ungleichgewichts zwischen Arbeitsnachfrage und -angebot mit einem deutlichen Anstieg der Lohnkosten zu rechnen.

Nach Schätzungen des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) planen bis zum Jahr 2020 rund 200.000 Unternehmer ihren Betrieb zu übergeben.³⁶ Nicht immer ist ein geeigneter Nachfolger verfügbar. Neben dem Fachkräftemangel droht somit auch ein Unternehmermangel. Sofern kein Nachfolger zur Verfügung steht, kommt sowohl eine Schließung, als auch eine Übernahme durch einen anderen Betrieb in Betracht. Hierdurch dürfte die Anzahl der Unternehmen in den nächsten Jahren sinken und gleichzeitig die durchschnittliche Unternehmensgröße zunehmen.

³⁵ Bundesagentur für Arbeit, Fachkräfteengpassanalyse Juni 2018.

³⁶ Handelsblatt, Handwerk mahnt vor Chefmangel, erschienen am 04.03.2018.

INTERVIEW: WOLF-DIETRICH SPELSBERG, AUGUST DOHRMANN GMBH BAUUNTERNEHMUNG

Mit „einer Schubkarre voller Handwerkszeug“ und einer „Waggonladung Sand und Pflastersteine“ begann um die Jahrhundertwende die Firmengeschichte der Remscheider Bauunternehmung August Dohrmann. Durch die Beteiligung an einer Vielzahl von Bauprojekten, wie dem RGA-Pressnhaus, der Remscheider Stadtkerntangente, dem Umbau der Solinger Innenstadt, der Wuppertaler Junior-Uni oder der Neugestaltung des Wuppertaler Döppersbergs prägt die Arbeit des Unternehmens seit Jahrzehnten das Erscheinungsbild der Region. Durch ein umfassendes Leistungsspektrum im Hoch- und Schlüsselfertigbau, Ingenieur- und Verkehrswegebau sowie Tief- und Kanalbau gehört die inhabergeführte Unternehmensgruppe darüber hinaus zu den größten Bauunternehmungen im Bergischen Land.

Wolf-Dietrich Spelsberg, einer von drei Geschäftsleitern des Betriebs, sprach mit dem WIFOP über sein Unternehmen, die Besonderheiten des Bergischen Landes, den Mangel an geeignetem Personal und dessen Auswirkungen auf die Konjunktur anderer Branchen sowie die Folgen des Dieselskandals und vieles mehr.

August Dohrmann GmbH Bauunternehmung

Branche: Hoch- und Schlüsselfertigbau, Ingenieur- und Verkehrswegebau, Tief- und Kanalbau
Sitz: Salemstraße 19
42853 Remscheid
Bauleistung: ca. 30 Millionen Euro
Mitarbeiter: ca. 140 in Remscheid
ca. 200 in der Gruppe

Dipl.-Ing. Wolf-Dietrich Spelsberg
Kaufmännische Geschäftsleitung
August Dohrmann GmbH Bauunternehmung



WIFOP: Vom Handwerksbetrieb zu einem der führenden Anbieter von modernem Bauen im Bergischen Land. Wie kam es zu dieser Entwicklung? Welche Rolle spielte die Region dabei?

Spelsberg: 1895 hat mein Urgroßvater August Dohrmann das Unternehmen gegründet. Angefangen mit Pflasterarbeiten stiegen durch die Industrialisierung die Anforderungen an die Infrastruktur hier im Raum.

Vom Straßenbau über den Kanalbau ist das Unternehmen bis zum ersten Weltkrieg so zu einem Tief- und Straßenbauer mit etwa 200 Mitarbeitern herangewachsen.

Die Region ist dabei für uns natürlich in erster Linie unsere Heimat. Sie prägt uns, indem sie mit ihrer schwierigen Topographie ganz besondere Anforderungen an uns stellt. Jeder, der einen Garten hat, wird merken, dass der Boden im Bergischen Land gar nicht so einfach zu „handlen“ ist. Allerdings dürfen wir auch mit einem gewissen Stolz behaupten, dass wir die Region durch unsere Baumaßnahmen ebenso ein Stück weit mitgeprägt haben.

WIFOP: Bauherren fällt es zunehmend schwerer – angesichts des anhaltenden Booms in der Baubranche – Handwerker und Bauunternehmer zu finden. Sind die Kapazitäten ausgelastet?

Spelsberg: Die Kapazitäten sind regional unterschiedlich stark ausgelastet. Wir haben bei unseren Bauvorhaben mittlerweile eher große Probleme Baustoffe pünktlich zu bekommen. Wir müssen weitaus längere Vorlaufzeiten einplanen, als noch vor zwei Jahren. Ein einfaches Standard-Schachtbauwerk beispielsweise, dessen Kanaldeckel man hier in jeder Straße sieht, hat man uns früher etwa drei Wochen nach Bestellung geliefert. Heute kann das bis zu drei Monate dauern.

WIFOP: Wie reagieren Sie auf diese Situation?

Spelsberg: Wir versuchen die wachsende Nachfrage da zu befriedigen, wo sie für uns Sinn ergibt. Wir fokussieren uns auf den Bergischen Mittelstand, auf Industrieunternehmen und natürlich auf infrastrukturelle Projekte, wie zum Beispiel ganz aktuell: die Trecknase. Wir selektieren hier schon sehr stark, da wir die sonst benötigten zusätzlichen Kapazitäten auch nicht ohne weiteres aufbauen können. Dazu würden wir einfach kein geeignetes Personal finden.

WIFOP: Gerade im öffentlichen Bau gibt es viele nicht vergebene Aufträge. Wichtige Bau- und Sanierungsprojekte wie bspw. Schulen bleiben außen vor. Woran liegt das?

Spelsberg: Als Mittelständler sind wir natürlich nicht der Nabel der Welt und bestimmen sicherlich nicht die Politik. Aber es werden schon seit Jahrzehnten falsche Schwerpunkte gesetzt. Man hat zu wenig in Bauten und Infrastruktur investiert und versucht jetzt mit der sprichwörtlichen „Brechstange“ innerhalb kürzester Zeit diese Versäumnisse nachzuholen. Das wiederum führt dann natürlich zum Problem, dass öffentliche Auftraggeber keine Angebote bekommen, weil die Bauunternehmen schlichtweg ausgelastet sind.

WIFOP: Diese Entwicklungen zeigen ein zentrales Problem der Branche auf. Wie sollte man dem anhaltenden Fachkräftemangel begegnen?

Spelsberg: Unser Weg war es schon immer verstärkt auszubilden. Wir bie-

ten die klassischen Handwerksausbildungen, bilden Industriekaufleute und über duale Studienangebote Bauingenieure aus. Mittlerweile bieten wir über eine Beteiligung an einem privaten Berufskolleg sogar ein duales Abitur an. Dieses verbindet eine kaufmännische Lehre mit dem Abitur. Wir haben dennoch große Probleme Nachwuchs zu finden. Speziell im gewerblich-handwerklichen Bereich. Das liegt sicherlich auch an der Konkurrenz durch die heimische Industrie, die oftmals vermeintlich technologisch interessantere Ausbildungsplätze zu bieten hat.

WIFOP: Verwaltungsgebäude und Wirtschaftsbauten sowie Straßen- und Wegebau. Gerade das Baugewerbe ist im wahrsten Sinne „Wegbereiter“ anderer Branchen. Besteht die Gefahr die positive Entwicklung anderer Branchen zu hemmen?

Spelsberg: Ganz allgemein werden positive Entwicklungen von Branchen dann gehemmt, wenn diese Branchen sich nicht erweitern können oder infrastrukturell schlecht versorgt werden. Beim Thema Breitbandverkabelung beispielsweise sieht es hier in Remscheid gar nicht so schlecht aus. Schauen wir aber nur zehn Kilometer weiter nach Hückeswagen sind größere CAD-Zeichnungen nicht zu versenden. Wenn derartige Grenzen gesetzt werden, ist dies natürlich katastrophal für hochinnovative Betriebe.

WIFOP: Die Vergabe von Bauaufträgen erfolgt in Ausschreibungs-

verfahren häufig ausschließlich auf Basis des Preises. Halten Sie diesen Vergabemechanismus für problematisch?

Spelsberg: Das muss man sehr differenziert sehen. Das Vergaberecht als solches gewährleistet eigentlich einen fairen Wettbewerb. Es hängt aber viel von der Planung und Leistungsbeschreibung in einer Ausschreibung ab. Wenn die Qualität der Ausschreibung gut ist, wird es immer auch einen annehmbaren und preiswerten Bieter geben. Wenn die Qualität schlecht ist, kann es sein, dass der vermeintlich günstigste Bieter im Nachhinein Lücken der Ausschreibung durch Nachträge versucht auszunutzen.

WIFOP: Sie deuten es an. Das Nachtragsmanagement ist bei vielen Bauvorhaben von zentraler Bedeutung. Besteht eine Gefahr für das Image des Baugewerbes?

Spelsberg: Das Nachtragsmanagement ist auch für unser Unternehmen von besonderer Wichtigkeit. Wenn wir für öffentliche Auftraggeber tätig sind, müssen wir im Wettbewerb tatsächlich immer der Preiswerteste oder der Billigste sein, um an einen Auftrag zu kommen. Das heißt, Fehler in einer Ausschreibung, die zu späteren Nachträgen führen können, müssen natürlich bewertet werden, weil das die Konkurrenz genau so macht. Sicherlich ist der Ruf der Branche durch diese Praxis, die ich eigentlich als vollkommen natürlich sehe, kritisch. An gewissen Großprojekten

lassen sich – in Folge des Nachtragsmanagements – ja häufiger Preisexplosionen beobachten. Diese sind der Öffentlichkeit aber nur schwer zu vermitteln. In aller Regel ist das allerdings nicht die Schuld der Bauindustrie. Vielmehr gehen Preisexplosionen aus einer nicht ausreichenden Vorbereitung der Auftraggeber hervor. Das fängt beispielsweise bei unvollständigen Bodengutachten oder einer schlechten Planung an. Bei derartig schwachen Ausschreibungen haben wir dann Zusatzleistungen, die erbracht werden müssen, um ein Gewerk vernünftig herzustellen. Bei einer von vorneherein vollständigen Ausschreibung wären diese Kosten ohnehin angefallen.

WIFOP: Im Zuge der voranschreitenden Digitalisierung erfolgen öffentliche Ausschreibungen zunehmend in elektronischer Form. Stellt diese Umstellung für Sie eine Arbeitserleichterung dar?

Spelsberg: Derzeit stellt das noch gar keine Erleichterung für uns dar. Es fehlen vernünftige Standards. Wir arbeiten mit diversen Kommunen und Kreisen sowie mit dem Bund und mit Straßen NRW. Diese nutzen bei der Vergabe die unterschiedlichsten Portale. Das führt bei uns dann beispielsweise regelmäßig zu simplen JAVA-Problemen. Mit einem Update funktioniert auf einmal ein bestimmtes Vergabeportal nicht mehr. Solche Dinge machen die Bewerbung nicht einfacher, weshalb es zwingend geboten ist, eine Standardisierung herbeizuführen.

WIFOP: Auch in der Planung und Bauausführung führt die Digitalisierung zu größeren Veränderungen in den Prozessen von Bauvorhaben – man denke beispielsweise an Methoden wie BIM³⁷. Profitieren Sie denn hier von fortschreitender Digitalisierung und technischem Fortschritt?

Spelsberg: Wir profitieren im Prinzip ähnlich wie alle anderen Produktionsunternehmen, die durch den Einsatz von Elektronik Prozesse verschlanken können. So arbeiten wir mittlerweile beispielsweise mit GPS-unterstützten Großgeräten und vor allem gerade bei Plänen verstärkt mit digitalen Medien. Das hat allerdings auch einen Haken. Früher hatte man einen Posteingang, da liefen Planungsunterlagen ein. Wenn in den Plänen dann etwas nicht stimmte, musste der Zeichner sie neu anfertigen. Das führte dazu, dass die Bereitschaft, Fehler zu vermeiden höher war als heute. Fast täglich gehen neu indexierte Pläne ein, die verarbeitet und kanalisiert werden müssen. Überall ist ein hohes Know-how gefragt, um diese Dinge richtig zuzuordnen. Digitalisierung macht somit vieles einfacher, aber manches auch schwerer.

WIFOP: Die Geschichte zeigt, dass Bauwerke äußerlich einem stetigen gestalterischen Wandel unterliegen. Aber auch Baumaterialien und Bautechniken werden – wenn auch nicht grundlegend – stetig optimiert. Wie beurteilen Sie die Innovationskraft Ihrer Branche?

Spelsberg: Gemessen an anderen Branchen ist die Innovationskraft des Baugewerbes relativ schwach. Vor allem, weil wir als handwerklich geprägter Industriezweig tunlichst auf bewährte Technologien vertrauen sollten. Wir haben sehr lange Gewährleistungsfristen für unsere Produkte. Als Beispiel die Innovationszyklen des Spannbetons. Der ein oder andere kennt vielleicht die „schwangere Auster“³⁸ – die Kongresshalle im Berliner Regierungsviertel. Da hat sich erst im Laufe der Jahrzehnte gezeigt, dass der Spannbeton, wie er dort verbaut war, unter bestimmten Voraussetzungen dauerhaft nicht tragfähig ist. Modifikationen im Baubereich sind somit zwangsläufig relativ langsam. Gerade im Hauptzweig Industriebau greifen wir deshalb vermehrt auf vorgefertigte Bauelemente zurück. Das natürlich auch um die Personalkosten im Griff zu behalten.

WIFOP: Seit längerem ist ein zunehmendes Bewusstsein für Themen wie Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit zu beobachten. Wie äußern sich diese Entwicklungen in Ihrer Branche?

Spelsberg: Wie für uns alle sind Nachhaltigkeit und der Schutz der Umwelt wichtige Themen, auf die wir auch als Unternehmen achten. Als Bauunternehmung haben wir dabei besondere Problematiken zu berücksichtigen, vor allem hier in der Bergischen Region. Wenn wir Erdarbeiten ausführen, finden wir überall die Hinterlassenschaften historisch gewachsener Industriebetriebe. Wir

haben somit sehr häufig mit sogenannten Altlasten, wie chemisch belasteten und verunreinigten Böden zu tun. Deren Deponierung wird immer schwieriger. Das ist ein enormer Kostenfaktor, welcher vielen Bauherren kaum noch zu vermitteln ist.

WIFOP: Bauvorhaben erfordern großes Gerät. Welche Gefahr geht hier von den Entwicklungen rund um den Diesel-Skandal aus?

Spelsberg: Die möglichen Auswirkungen betreffen im Grunde die gesamte Branche. Als mittelständisches Unternehmen stehen wir vor dem Problem, dass wir auf der einen Seite relativ kurzgefasste Investitionszyklen haben. Unsere Baggerflotten wechseln wir regelmäßig aus, um technisch immer auf dem neuesten Stand zu bleiben. In anderen Bereichen hingegen arbeiten wir mit Kleingeräten, für die uns die Industrie keine Geräte liefert, die beispielweise mit einem Partikelfilter ausgerüstet sind. Wenn jetzt Restriktionen erfolgen, so dass in einigen Städten mit bestimmten Geräten nicht mehr gearbeitet werden darf, stellt das ein großes Problem für die Branche dar. Denn auch bei unseren übrigen Fahrzeugen, können wir nicht sicher sein, ob unsere Leute demnächst noch auf die Baustellen gelangen. Da sollte mit Augenmaß gehandelt werden.

IMPRESSUM

Herausgeber

Bergische Universität Wuppertal
Wuppertaler Institut für Unternehmensforschung
und Organisationspsychologie
Tel: +49 (0)202 439-2905
Fax: +49 (0)202 439-3168
info@regionales-konjunkturbarometer.de
<https://regionales-konjunkturbarometer.de>

Verantwortlich für den Inhalt & Redaktion

Prof. Dr. André Betzer
Jun.-Prof. Dr. Markus Doumet

Autoren

Vorwort: Prof. Dr. André Betzer und Jun.-Prof. Dr. Markus Doumet
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung:
Jun.-Prof. Dr. Markus Doumet und Simon Funken
Regionales Konjunkturbarometer:
Jun.-Prof. Dr. Markus Doumet und Simon Funken
Branchenreport Bauhauptgewerbe:
Jun.-Prof. Dr. Markus Doumet und Sylvie Doumet

Gestaltung

gt.artwork, Gitta Tietze, Viersen

Lektorat

Dr. Bernhard Labonde, Köln

Druck

WUPPERDRUCK e.K., Wuppertal

Bildnachweise

Titel, S. 8, 14, 17, 29, 38, 47: colourbox.de, S. 2: Philipp Buron

³⁸ „Schwangere Auster“ – Kongresshalle in Berlin mit einer aufwendigen und für damalige Verhältnisse hoch innovativ gestalteten Dachkonstruktion, die Anfang der 1980er Jahre – etwa 20 Jahre nach Fertigstellung – einstürzte.

